

VIII. Die Soziologie der Hochburg

„NO ONE I KNOW VOTED FOR SCOTT WALKER“ – SOZIALE HOMOPHILIE UND NETZWERKHOMOGENITÄT

Würden die Konservativen von Waukesha eine Karikatur des typischen *Madison Liberal* zeichnen – es kämen wohl Ron Dole und Katie Songer aus Madison dabei heraus. Das kinderlose Ehepaar in den Mitdreißigern hat sich 2002 bei der Freiwilligen-Arbeit für den Friedenschor in einem kleinen Dorf im Hochland Tansanias kennengelernt. Bald darauf ziehen sie nach Madison, wo sie ihr Studium beginnen. Die Stadt wird für das Paar schnell zur Heimat. Nach dem Studium beginnen die beiden, für das „Wisconsin Natural Resource Department“ zu arbeiten und auch in ihrer Freizeit sind sie als engagierte Umweltschützer tätig. Sie sind wohl das, was Amerikas Konservative despektierlich als „tree hugger“ bezeichnen. Katie wird kurz darauf beginnen, als freie Schriftstellerin zu arbeiten, um in einem autobiographischen Roman das Verhältnis zu ihrem Vater aufzuarbeiten. Im Sommer 2014 ziehen sie weiter nach Portland, Oregon, einem anderen Fluchtpunkt liberaler Sehnsüchte des Landes. Keine Frage: Ron und Katie sind Teil des „Big Sort.“

Und doch: In manchem unterscheiden sie sich vom liberalen Mainstream der Stadt. Sie wohnen in Madisons Lower East Side, in einer Seitenstraße entlang der ebenso belebten wie beliebten Williamson Street mit ihren Öko-Bäckereien, Cafés und Tatoostudios. In diesem liberalen Epizentrum der Stadt hat Barack Obama 2012 mit über 90% der Stimmen gewonnen. Sie haben sich diesen Ort so ausgesucht, aber irgendwann wird es ihnen in der eigenen Echo-Kammer zu viel: Es gibt in ihrem Bekanntenkreis schlicht keinen einzigen Republikaner, selbst Independents sind rar gesät.

Niemand den sie kennen, hat 2008 John McCain gewählt oder 2010 für Scott Walker gestimmt. Um das zu ändern, schreiben sie am 8. November 2010, sechs Tage nach Walkers Wahlsieg, einen Brief an die lokale Sektion der Republikanischen Partei von Dane County.¹

Sie fragen an, ob es nicht Republikaner gäbe, mit denen sie in einen informellen Austausch treten könnten. Es ist ein merkwürdig gekünsteltes und gestelztes Vorhaben, aber in dem liberalen Mikrokosmos in dem Ron und Katie wohnen, ist es womöglich tatsächlich der einzige Weg, die seltene Spezies konservativer Amerikaner von Angesicht zu Angesicht zu treffen.

Wenig später kommt tatsächlich eine Antwort, die „Partnervermittlung“ war erfolgreich. Ein anderes Ehepaar hat Interesse an einem solchen Austausch: Scott und Carol Grabins, beide eingeschworene Republikaner. Scott ist in gewisser Weise eine kleine Anomalie: Er arbeitet als Softwareentwickler für EPIC in Verona, wo es außer ihm nicht sehr viele Republikaner gibt. Zum Wohnen allerdings sind die Grabins noch ein Stück weiter rausgezogen: nach Mount Horeb, einer ländlichen Gegend etwa 20 Meilen von Madison entfernt. Als man dort im Mai 2012 auf der Terrasse ihres riesigen Grundstücks sitzt, streift ein Reh durch den Garten; die Grabins sind der Stadt wirklich entkommen. Dennoch, ginge es nach Carol, würde die Familie noch weiterziehen: bis nach Waukesha, ein Ort, bei dessen Nennung sie ins Schwärmen gerät, und den sie so ausspricht, als würden dort Milch und Honig fließen. Mit Madison hingegen haben die Grabins nicht besonders viel am Hut, die Stadt ist ihnen zu grell, zu laut, zu unübersichtlich. Während Ron und Katie darüber klagen, dass sie stets nur mit Leuten verkehren, die ihrer Meinung sind, geht es den Grabins, so sagen sie, genau andersherum: sie treffen Liberale ständig und überall.²

Die beiden Paare treffen sich fortan ein paar Mal zum Abendessen und man findet allen Unterschieden zum Trotz eine Basis: Es soll nicht darum gehen, den anderen zu überzeugen (was in der Tat ein hoffnungsloses Unterfangen wäre), sondern darum, überhaupt erstmal den Standpunkt des anderen nachzuvollziehen und zu lernen zuzuhören. Ein paar Monate nach dem ersten Treffen entscheiden die Vier, ihrem Austausch einen größeren Rahmen zu geben. Sie gründen ein öffentliches Forum und nennen es „Reach Out Wisconsin.“ Beide Paare mobilisieren ihre liberalen und konservativen Netzwerke und zum ersten Treffen in einer Bar in Madison kommen bereits 30 Leute. Sie haben einen speziellen Zeitpunkt für die Gründung von „Reach Out“ gewählt: Es ist die Zeit der Proteste gegen Scott Walker und den Act 10. Ausgerechnet also im vergifteten politischen Klima des Winters 2010/2011, als liberale Aktivisten einen Belagerungsring um das

1 Gespräch mit Katie Songer und Ron Dolen, 2. April 2012.

2 Gespräch mit Scott und Carol Grabins, 10. Mai 2012.

State Capitol gelegt haben, beschließen sie, die ideologischen Grenzen zu überwinden. In der hasserfüllten Atmosphäre dieser Monate ist das eine ungewöhnliche Geschichte, für die sich die lokale Presse schnell zu interessieren beginnt, und wenig später berichten landesweit sogar Medien wie National Public Radio über die Treffen.³ Bald gibt es jeden Monat ein Treffen, jeweils zu einem vorher ausgewählten Thema mit Gastrednern und in den besten Zeiten kommen über 60 Teilnehmer.

Zögern wir an dieser Stelle den Fortgang der Geschichte um „Reach Out Wisconsin“ noch einen Augenblick hinaus. Interessant ist diese Geschichte zunächst ihrer bloßen Existenz wegen: Sie ist Ausdruck der extremen ideologischen Abschottung zwischen den politischen Lagern in zumindest einer der beiden Hochburgen. Wenn der Austausch mit politisch Andersdenkenden in einer solchen Weise quasi-offiziell organisiert werden muss, dann findet er auf natürlichem Wege offensichtlich kaum noch statt. „Soziale Homophilie“ – so der soziologische Terminus für die alte Volksweisheit von „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ – ist im Grunde ein natürlicher sozialer Zug des Menschen. Katie und Ron und Scott und Carol sind eher die Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Die meisten von uns bringen ihre Zeit damit zu, Gleichgesinnte zu finden und nicht nach jenen Ausschau zu halten, mit denen wir uns streiten können.⁴ Das gilt auch für die Politik, und offenkundig gerade in den USA, wo die Wahrscheinlichkeit einer Unterhaltung über Politik zwischen Menschen unterschiedlicher Parteiidentifikation geringer ist als anderen Ländern.⁵

Doch auch wenn die Vermeidung von Meinungsverschiedenheiten ein Grundcharakteristikum sozialen Verhaltens sein mag: ein Mindestmaß an Dissens sollten Gesellschaften schon auszuhalten bereit sein. Eine der Annahmen über die Konsequenzen des „Big Sort“ lautet daher auch, dass die Herausbildung von ausgeprägten politischen Hochburgen zu einem Prozess der Gruppenpolarisierung führen kann. Gemeint ist damit die Tendenz politisch homogener Gruppen, sich in Richtung ihrer radikaleren Elemente zu entwickeln. Grundsätzlich kann dieser Prozess als gut erforscht gelten: Unzählige Experimente in der Sozialpsychologie haben bestätigt, dass innerhalb von Gruppen, deren Mitglieder bereits alle in eine

3 Vgl. David Shaper: Wisconsinites 'Reach Out' To Heal Partisan Divide, Sendung auf NPR vom 4. Juni 2012, <http://www.npr.org/2012/06/04/154305938/wisconsinites-reach-out-to-heal-partisan-divide> (zuletzt abgerufen am 14. April 2014)

4 Vgl. hier grundlegend Miller McPherson/Lynn Smith-Lovin/James M. Cook: Birds of a Feather - Homophily in Social Networks, in: *Annual Review of Sociology*, Vol. 27 2001, S. 415-444.

5 Vgl. Diana C. Mutz: *Hearing the Other Side. Deliberative versus Participatory Democracy*, Cambridge 2006: S. 49-54.

bestimmte Richtung argumentieren, im Laufe eines Diskussionsprozesses die Ansichten „radikalisiert“ werden.⁶ Würde man also aus einer politischen Versammlung all jene herausfiltern, die tendenziell für die Todesstrafe plädieren und sie dann einige Stunden getrennt vom Rest und unter sich diskutieren lassen, dann ließe sich relativ sicher voraussagen, dass die einzelnen Teilnehmer hinterher ihre bereits bestehenden Dispositionen verstärkt haben werden. Es gibt verschiedene Erklärungen für dieses Phänomen. Eine lautet, dass die Akkumulation von Argumenten, die allesamt eine bereits vorgefasste Meinung unterstützen, zur Stärkung bzw. Verhärtung dieser Position führen. Eine andere Möglichkeit ist, dass es in solchen homogenen Gruppen keine soziale Prämie mehr gibt für Moderation oder Mäßigung. Die Zuspitzung, Radikalisierung der Gruppenposition hingegen sichert die Akzeptanz anderer Gruppenmitglieder und verleiht soziales Prestige.⁷

Letztlich bleibt es fraglich, inwiefern diese Erkenntnisse aus der Sozialpsychologie in die reale Welt übertragbar sind. Denn jenseits der kontrollierten, geschlossenen Bedingungen von Laborexperimenten ist es faktisch unmöglich, dissonante Informationen einfach vollständig auszuschließen: Vielleicht höre ich im Zugabteil ein Gespräch mit, in dem politische Ansichten geäußert werden, die mit meinen nicht konform gehen; oder vielleicht macht mein Arbeitskollege (tatsächlich findet sich am Arbeitsplatz die höchste Wahrscheinlichkeit, auf konträre politische Meinungen zu stoßen⁸) eine abfällige Bemerkung über „meine“ Partei oder „meinen“ politischen Kandidaten. Lange Zeit hielt man auch die Massenmedien für Einfallstore dissonanter Informationen, da durch sie ja schließlich ein jeder selbst in die Lage versetzt würde, sich Informationen mit geringer Anstrengung und unabhängig von der physischen Lokation zu besorgen⁹ – eine Vorstellung, die allerdings mit der offenkundigen Wende zur Parteilichkeit von Medien-

-
- 6 Vgl. ursprünglich zum Konzept der Gruppenpolarisierung: Serge Moscovi/Marisa Zavalloni: The Group as a Polarizer of Attitudes, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, Vol. 12 (2) 1969: S. 125–135; in jüngerer Zeit und mit Blick auf die gegenwärtigen USA: Cass S. Sunstein: *Going to Extremes. How Like Minds Divide and Unite*, Oxford 2009.
 - 7 Vgl. Lyn M. Van Swol: Extreme Members and Group Polarization, in: *Social Influence* 4 (3), 2009, S. 185–199.
 - 8 Vgl. Diana C. Mutz/Jeffrey J. Mondak: The Workplace as a Context for Cross-Cutting Political Discourse, in: *The Journal of Politics*, Vol. 1, Feb. 2006: S. 140-155.
 - 9 Diese Auffassung war auch in den Nullerjahren, also zu Beginn des digitalen Zeitalters, noch vorherrschend. Vgl. auch hier die Arbeit von Diana C. Mutz: Facilitating Communication across Lines of Political Difference: The Role of Mass Media, in: *American Political Science Review*, Vol. 1 2001: S. 97-114.

formaten und der beobachteten Tendenz von Medienkonsumenten, kognitive Dissonanzen bei der Informationsbeschaffung möglichst zu vermeiden, äußerst fraglich geworden sein dürfte.

Das sind gewiss gewichtige Argumente und einige der Kritiker der These vom „Big Sort“ haben sie auch gegen Bishop und Cushing ins Feld geführt. Morris P. Fiorina und Samuel J. Abrams argumentieren z.B., dass es auf der individuellen Einstellungsebene keinen wirklichen Unterschied mache, ob Nachbarschaften zunehmend von Demokraten oder Republikanern bevölkert würden. Denn schließlich, so ihr Argument, spielten diese Nachbarschaften in der Lebensrealität vieler Amerikaner eine immer geringere Rolle: die meisten Amerikaner, so zeigten es Studien, würden in ihren Nachbarschaften nur noch wenig miteinander interagieren und wenn Nachbarn überhaupt miteinander redeten, dann höchst selten über Politik. Stattdessen seien die Massenmedien heute sehr viel stärkere Faktoren der Meinungsbildung.¹⁰

Die Wahrheit ist, dass wir letztlich zu wenig darüber wissen, wie ein Phänomen wie Gruppenpolarisierung in der realen Welt funktioniert. Bisher ließ sich nur spekulieren, in welcher Weise das Leben in politischen Hochburgen die Parteiläufer beider Seiten unterschiedlich prägt, ob es also für die Entwicklung meiner Weltanschauung eine Rolle spielt, ob ich als eingeschworener Republikaner in einer republikanischen Hochburg oder der republikanischen Diaspora lebe. Relativ unumstritten ist zwar, dass soziale Informationsflüsse selbstverständlich entscheidend sind für politische Einstellungen: Ein politischer „Independent“, der (hypothetisch) nur von Demokraten umgeben ist, wird wahrscheinlich tendenziell eher nicht republikanisch wählen. Selten jedoch wurden diese Überlegungen anhand konkreter räumlicher Gegebenheiten untersucht. Es ist schließlich zumindest theoretisch denkbar, dass auch Demokraten in Waukesha oder Republikaner in Dane County in der Lage sind, sich ebenso abzuschotten wie die Angehörigen der Mehrheitskultur. Die These vom „ansteckenden Charakter“ einer lokalen Politik-Kultur durch sogenannte „Nachbarschaftseffekte“, wie sie etwa von Kevin Cox im Kontext Großbritanniens aufgestellt wurde, gilt daher insgesamt als durchaus umstritten.¹¹ Relativ eindeutig scheint hingegen zu sein, dass politische Minderheiten grundsätzlich stärker zur Wahlenthaltung neigen als die Angehörigen der

10 Morris P. Fiorina: The „Big Sort“ That Wasn't: A Skeptical Reexamination, in: *PS: Political Science & Politics*, Vol. 45 (2) 2012: S. 203-210. Vgl. als ähnliche Kritik auch Bruce E. Cain: Sorting It Out. Review of the Big Sort, in: *The California Journal of Politics and Policy*, Vol. 1, 2009: S. 1-4.

11 Vgl. Kevin Cox: The Spatial Structuring of Information Flows and Partisan Attitudes, in: Mattei Dogan und Stein Rokkan (Hg.): *Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences*, Cambridge 1969, S. 343-370; als kompakte Zusammenfassung zu

Mehrheitskultur.¹² Die These des „Big Sort“ jedoch – dass sich die Angehörigen dieser Mehrheitskultur durch das Ausbleiben von Dissens in Richtung ihres ideologischen Pols bewegen – ist durch diese Arbeiten nicht bewiesen worden. Auch in dieser Hinsicht sind Amerikas neue Partei-Hochburgen, ihrem rasanten Wachstum zum Trotz, hinsichtlich ihrer politischen und soziokulturellen Erforschung bisher eine Art *Black Box* geblieben.

Genau diese Leerstelle soll im Folgenden ins Auge genommen werden, und zwar mit Hilfe der Daten aus der DWPS. In einem ersten Schritt soll ergründet werden, inwiefern es auch anderen Bürgern in den Hochburgen Dane und Waukesha County so ergeht wie Ron Dolen und Katie Songer: Wie ideologisch homogen sind die persönlichen Netzwerke der Bewohner dieser Orte und wie unterscheiden sich diese zwischen Demokraten und Republikanern? Gibt es einen Zusammenhang zwischen politischer Netzwerkhomogenität und den politischen Ansichten? Neigen besonders überzeugte Demokraten/Republikaner stärker zur sozialen Homophilie als Demokraten/Republikaner die weniger ideologisch gefestigt erscheinen? In einem weiteren Schritt soll dann die Frage beantwortet werden, inwiefern es einen politischen Angleichungseffekt gibt und ob sich diejenigen, die an einen der beiden Orte umgezogen sind, in ihrer Einstellung der Ideologie der Mehrheitskultur angepasst haben.

An dieser Stelle sind eine Reihe methodischer Bemerkungen unvermeidbar. Die politische Homogenität (bzw. im Umkehrschluss Heterogenität) persönlicher Netzwerke zu erfragen, ist methodisch eine komplizierte und aufwendige Aufgabe. Die wenigsten geben gerne zu, dass ihr Umfeld ausschließlich aus Gleichgesinnten besteht, denn das erweckt nicht gerade den Eindruck von Offenheit und Aufgeklärtheit. Daher macht es nur begrenzt Sinn, die Frage zu stellen: „Wie viele ihrer Freunde/Bekannteten haben politisch andere Ansichten als Sie?“ Eine der gängigsten Methoden in der Erforschung politischer Netzwerke ist daher die Erstellung eines *Name* oder *Discussant Generators*.¹³ Es wird nach den (maximal) drei

möglichen „Nachbarschaftseffekten“ und ihrer Kritik auch Jürgen W. Falter/Jürgen R. Winkler: Wahlgeographie und Politische Ökologie, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen: Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2014, S. 135-168, hier S. 149-152.

12 Vgl. bereits sehr früh Warren E. Miller: One-Party Politics and the Voter, in: *American Political Science Review*, Vol. 50 (3) 1956: S. 707-725; für die jüngere Zeit im Kontext der USA David E. Campbell: *Why We Vote. How Schools and Communities Shape Our Civic Life*, Princeton 2006.

13 Im Bereich der politikwissenschaftlichen Netzwerkforschung und ihrer Verbindung zur Wahlforschung haben vor allem die Arbeiten von Robert Huckfeldt und John Sprague den Einsatz von *Discussant Generators* bekannt gemacht, insbesondere ihre „South Bend“-Studie über die Präsidentschaftswahl 1984. Vgl. Robert Huckfeldt/John Sprague:

Personen gefragt, mit denen der Befragte am häufigsten und wahrscheinlichsten über Politik spricht und dann anhand einer Reihe von Fragen versucht zu ermitteln, wie stark der Grad politischer Übereinstimmung ist.¹⁴ Auch das ist keine Methode ohne Fehler, schließlich misst sich auch auf diese Weise nur die *wahrgenommene* Übereinstimmung zwischen dem Befragten und seinen Diskutanten. Allerdings haben insbesondere die Studien von Robert Huckfeldt und John Sprague gezeigt, dass die meisten Menschen die politische Einstellung ihrer Gesprächspartner relativ korrekt einschätzen. Auch deswegen wurde in der DWPS dieser Methode vertraut. In Bezug auf alle genannten Diskutanten des Befragten wurden in unserer Umfrage drei Folgefragen gestellt, die jeweils auf den Grad der politischen Übereinstimmung zielten.¹⁵ Aus diesen maximal drei Diskutanten und drei Folgefragen wurde dann ein additiver Index gebildet, der von 0 (perfekte Heterogenität=alle Diskutanten des Befragten sind zu 100% anderer politischer Auffassung) bis 3 (perfekte Homogenität= alle Diskutanten sind zu 100% der gleichen politischen Auffassung) reichte.¹⁶

Citizens, Politics and Social Communication. Information and Influence in an Election Campaign, Cambridge 1995.

- 14 Abweichend wird oft auch nicht direkt nach der Politik, sondern nach „important matters“ gefragt. Die Ergebnisse freilich weichen dabei nur wenig voneinander ab. Vgl. Casey A. Klofstadt/Scott D. McClur/Meredith Rolfe: Measurement of Political Discussion Networks. A Comparison of Two Name Generator Procedures, in: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 73 (3) 2009: S. 462-483.
- 15 Die drei Fragen lauteten: a) Compared with [Discussant #1], would you say that your political views are much the same, somewhat different, or very different; b) Do you think [Discussant #1] normally favors Republicans or Democrats, or both, or neither?; c) Which presidential candidate, if any, did [Discussant #1] prefer? Romney, Obama or some other candidate?
- 16 Die konkrete Frage hierbei lautete: „From time to time, people discuss government, elections, and politics with other people. We'd like to know the first names or just the initials of people you talk with about these matters. These people might be from your family, from work, from the neighborhood, from some other organization you belong to, or they might be from somewhere else.“ Für den Fall, dass der Befragte keine Personen nennen konnten, fragten wir nach „the person you were most likely to have informal conversations with“. Diese Frage wurde auch denjenigen gestellt, die nur einen oder zwei Diskutanten nennen konnten, um auf diese Weise die Fallzahl zu erhöhen.

Sowohl in Dane als auch in Waukesha County war die Homogenität der persönlichen Netzwerke zunächst sehr groß. Unterschiede zwischen den Counties waren dabei größtenteils zu vernachlässigen. In der Tat zeigte sich, dass die jeweiligen Minderheiten zu einem höheren Grad anderen politischen Meinungen ausgesetzt waren als Angehörige der Mehrheitskultur.

In beiden Counties stieg vor allem aber der Grad der Netzwerkhomogenität stets mit der Stärke der Parteizugehörigkeit an: „Strong Republicans“ hatten homogenere Netzwerke als „Weak Republicans“ – die allerdings wiederum noch weniger mit Demokraten über Politik sprachen als die „Independent Leaning Republicans.“ Auch mit anderen Faktoren, die teilweise in dieser Arbeit schon angeführt wurden, war die Netzwerkhomogenität bemerkenswert eng verknüpft: Zumindest in Dane County führte ein homogenes Netzwerk zu einem deutlich geringeren Wunsch wegzuziehen als ein heterogenes Netzwerk. Auch der Faktor der Zufriedenheit war – in diesem Fall in beiden Counties – hiermit eng verknüpft: Je homogener das Netzwerk, desto größer die Zufriedenheit mit dem Wohnort. Offenkundig macht es tatsächlich glücklicher, unter seinesgleichen zu bleiben. Und noch in einer letzten Hinsicht spielte Netzwerkhomogenität eine Rolle: sie korrelierte positiv mit politischer Partizipation, was im Einklang mit anderen Studien steht,¹⁷ und erklärt, warum Hochburgen wie Dane und Waukesha häufig durch hohe Wahlbeteiligung gekennzeichnet sind.¹⁸

17 Diana Mutz: *Hearing the Other Side*, Cambridge 2006.

18 Vgl. David E. Campbell: *Why We Vote. How Schools and Communities Shape Our Civic Life*, Princeton 2006.

*Tabelle 1: Zusammenhang Netzwerkhomogenität und Parteiidentifikation
Waukesha County*

partyID7 Party identification on 7-point-scale	Mittelwert	Standardabweichung
1,00 Strong Republican	2,6429	,47924
2,00 Weak Republican	2,5370	,48432
3,00 Independent Republican	2,3030	,75529
4,00 True Independent	1,2778	,69389
5,00 Independent Democrat	1,8333	,76497
6,00 Weak Democrat	1,7778	,19245
7,00 Strong Democrat	2,1833	,78519
Insgesamt	2,3997	,68096

*Tabelle 2: Zusammenhang Netzwerkhomogenität und Parteiidentifikation
Dane County*

partyID7 Party identification on 7-point-scale	Mittelwert	Standardabweichung
1,00 Strong Republican	2,3086	,77446
2,00 Weak Republican	2,1364	,52078
3,00 Independent Republican	1,8750	,82975
4,00 True Independent	1,4000	,51039
5,00 Independent Democrat	1,8951	,73110
6,00 Weak Democrat	2,3889	,54857
7,00 Strong Democrat	2,5967	,59211
Insgesamt	2,3054	,71852

Quelle: Eigene Darstellung, Daten der DWPS.

Die höhere Netzwerkhomogenität der Angehörigen der Mehrheitskultur hat natürlich einen banalen Grund: schließlich ist für sie schon allein die statistische Wahrscheinlichkeit geringer, mit Menschen anderer politischer Anschauung – ob nun am Arbeitsplatz oder tatsächlich mit dem Nachbarn nebenan – Kontakt zu haben. Aber das alleine ist es wahrscheinlich nicht. Wer als Demokrat in Waukesha County lebt oder als Republikaner in Dane County, dürfte sich ohnehin der Tatsache bewusst sein, sich in jedem Fall mit der Mehrheitskultur arrangieren zu müssen. Wahrscheinlich ist in dieser Gruppe die Politik auch seltener ein zentraler Bezugspunkt des Lebens, divergierende politische Anschauungen daher leichter zu ertragen. Ganz anders jedoch ist der Fall gelagert bei vielen Angehörigen der Mehrheitskultur, und dabei vor allem bei jenen, die in dieser Arbeit als kulturelle Kerngruppe identifiziert wurden: einmal angekommen an einem Ort, der ihren politischen und kulturellen Neigungen entspricht, gibt es nur noch wenig Grund, sich noch weiterhin auf die Argumente der Gegenseite einzulassen – was auch erklärt, warum besonders treue oder ideologisch motivierte Parteianhänger die homogensten Netzwerke haben. „Geez, why should I go talk to them? I came here to get away from *those people*“, rügte eine junge Frau, die aus dem Norden des Bundesstaates Wisconsin nach Madison gezogen war, einmal den Verfasser, als er fragte, ob es in ihrer Bekanntschaft Republikaner gäbe.

Dieses Kapitel wurde mit den Bemühungen von „Reach Out Wisconsin“ begonnen, weil sich die empirischen Ergebnisse der DWPS auch im Geschehen rund um die Gruppe spiegeln. Das Forum litt von Anfang an unter einem Umstand, der sich mit der Zeit zu einem veritablen Problem entwickelte: die Partizipation war nie ganz ausgeglichen. Ausgerechnet in Dane County, wo auf drei Demokraten gerade einmal ein Republikaner kommt und wo es ständig irgendwo in der Stadt gut besuchte politische Veranstaltungen gibt, wurde es mit der Zeit immer schwerer, genügend Demokraten für einen zivilgesellschaftlichen Dialog zu gewinnen.¹⁹ Diejenigen, die kamen, waren in der Regel Freunde und Bekannte der Initiatoren, darüber hinaus wurde es extrem schwer, genügend Menschen zu mobilisieren. Die örtliche Parteiführung der Demokraten betrachtete „Reach Out“ von Beginn an sogar mit großem Argwohn. Dabei versuchten Katie Songer und Ron Dolen wiederholt, dort für ihr Vorhaben zu werben und luden den Vorsitzenden der Demokratischen Partei mehrmals zu den Treffen ein – ohne Erfolg. In einer E-Mail, so

19 Vgl. auch Chris Rickert: Reach out Wisconsin not Reaching Many Liberal These Days, in: *Wisconsin State Journal*, 19. Oktober 2014, http://host.madison.com/news/local/columnists/chris-rickert/chris-rickert-reach-out-wisconsin-not-reaching-many-liberals-these/article_321093f5-cfc4-5e0b-8d4a-af07eba4169e.html (zuletzt abgerufen am 29.06.2015).

Katie Songer, wies er sie gar brüsk ab: Er habe wohl kaum Nachholbedarf darin, Republikaner zu „verstehen“, er „verstehe“ sie nämlich bereits jetzt ziemlich gut und sei sich über deren Motive völlig im Klaren. Danach listete er noch alle Verfehlungen der Republikanischen Partei der letzten Monate auf.²⁰ Unter vielen Demokraten in Madison gelten die Initiatoren von „Reach Out“ mindestens als Nervensägen, ein wenig aber sogar als Verräter, die nicht verstünden, mit welcher Art von „Feind“ man es zu tun habe. Warum sollte man Republikanern auf diese Weise „Legitimität“ verleihen, fragt etwa der in einem vorangegangenen Kapitel bereits vorgestellte Luke Diaz, der liberale Aktivist aus Verona. Menschen wie Ron und Katie nennt er „Apologetic Liberals“, die offenkundig aus irgendeinem falsch verstandenen Schuldgefühl handelten.²¹

Die Republikaner von Dane County hingegen lieben „Reach Out Wisconsin“. Konservative Blogger berichten darüber, auf den Parteiveranstaltungen wird „Reach Out“ regelmäßig beworben und die Vorsitzenden der Partei – ansonsten in Madison und Dane County so gut wie unsichtbar – sind häufige Teilnehmer. Mittlerweile hat einer der Gründer von „Reach Out“, Scott Grabins, selbst den Vorsitz der Partei übernommen. Eine Sache, die Republikaner an „Reach Out“ lieben, ist schon ganz einfach, dass viele Demokraten „Reach Out“ hassen. Für sie ist das der ultimative Beweis, dass die angebliche Weltoffenheit des amerikanischen Liberalismus geheuchelt ist und in Wahrheit alles vermieden wird, was die Gewissheiten der Menschen in der „Madison Bubble“ irritieren könnte. Gänzlich falsch ist der Vorwurf mangelnder Toleranz nicht, aber dieser Mangel hat weniger mit grundsätzlichen Unterschieden zwischen Demokraten und Republikanern in Bezug auf Offenheit gegenüber anderen Anschauungen zu tun – in dieser Hinsicht tun sich beide Seiten nicht sehr viel. Es ist vielmehr in der unterschiedlichen Status-Position beider Gruppen begründet, mit dem Minderheiten- bzw. Mehrheiten-Status von Demokraten und Republikanern. Madisons Konservative haben vor allem deswegen eine positive Einstellung zu „Reach Out“, weil sie in der Stadt sonst kaum eine Stimme haben und buchstäblich überhaupt nicht vorkommen. Allein die Medienberichterstattung über das Forum verschafft ihnen mehr Aufmerksamkeit als die monatlichen Parteitreffen. Es ist eine Chance, die eigene Position zu erklären, die sonst – so ihre Ansicht – nur als verzerrte Karikatur wiedergegeben wird.

Es gibt in Waukesha kein Gegenstück zu „Reach Out Wisconsin“, aber wäre das der Fall, dann wären die Verhältnisse gewiss spiegelverkehrt, denn dort interessiert sich kaum ein Republikaner für diese merkwürdige, exotische Spezies namens Demokraten.

20 Gespräch mit Katie Songer und Ron Dolen, 2. April 2012.

21 Gespräch mit Luke Diaz, 3. Oktober 2014.

Bei allen gewiss gut gemeinten Vorsätzen auf beiden Seiten ist die Erwartungshaltung letztlich auch eine andere: Für die Republikaner in Dane County – gestählt im Aushalten anderer Meinungen – ist „Reach Out“ vor allem ein Testgelände für ihre politischen Ideen. Sie mögen den Wettstreit darüber, und den üblichen Ablauf eines Treffens mit zwei Rednern, die jeweils konträre Standpunkte zu einem Thema vorstellen, genießen sie wie einen guten Boxkampf. Die Konservativen im Forum stärken ihre eigenen Überzeugungen an denen der Gegenseite – was vielleicht nicht unbedingt dem eigentlichen Zweck von „Reach Out“ dient. Den Demokraten von „Reach Out“ geht es um etwas Anderes. Es ist eine Sehnsucht nach Versöhnung, die bei ihnen durchklingt, nach Heilung fast, der Versuch, auch innerlich Frieden zu machen mit der anderen Seite, deren Denken und Handeln man einfach nicht verstehen kann. Als Katie Songer und Ron Dolen vorschlugen, die Treffen um vertrauensbildende Gruppenübungen zu erweitern – ein Teilnehmer lässt sich nach hinten fallen, die anderen fangen ihn auf usw. – hielten die Republikaner solcherlei für ziemlichen Kokolores und lehnten den Vorschlag brüsk ab.

Im Grunde handelt „Reach Out Wisconsin“ von einem liberalen Paradox, einem Widerspruch, der nicht aufzulösen ist: Schließlich gehört zu den Grundpfeilern der eigenen Weltanschauung, dass Konflikte durch Deliberation zu lösen sind, dass Toleranz gegenüber anderen Anschauungen geübt werden muss. In seiner postmodernen Form zugespitzt bedeutet es eigentlich auch, zu akzeptieren, dass man selbst vielleicht auch nur einen Ausschnitt der Realität erkennt, weil alle Betrachtung letztlich vom subjektiven Standpunkt abhängt. Gleichzeitig aber beschleicht viele Liberale – bei „Reach Out“ und anderswo – der Gedanke, dass all das Verständnis vielleicht von der Gegenseite nicht geteilt wird, man also letztlich einem Gegner gegenübersteht, der nach anderen Regeln spielt. Was aber soll man dann tun? Soll man alle politischen Streitfragen einfach nur als unterschiedliche aber ebenbürtig legitime Standpunkte interpretieren, oder übertreibt man es dann nicht vielleicht doch ein wenig mit der postmodernen Offenheit?

Selbst Ron und Katies Toleranz, die lange so unerschöpflich erscheint, wird am Ende teilweise verbraucht sein. Im Frühjahr 2014 ziehen sie sich aus der Organisationsleitung von „Reach Out“ zurück, zum Teil, weil andere Verpflichtungen sie sehr in Anspruch nehmen, aber auch, weil sie manche Aspekte ihrer Arbeit mit dem Forum mental belasten und ermüden. Kurz zuvor wäre es fast zum Bruch gekommen, als man die Agenda für eines der nächsten Treffen besprach: Es sollte um den Klimawandel gehen. Als Scott Grabins eine Liste von möglichen Diskutanten vorschlug und es sich dabei ausschließlich um Personen handelte, die die bloße Realität des Klimawandels – das wichtigste Thema für Ron und Katie und Quelle ihrer politischen Identität – schlichtweg leugneten, war für sie eine Grenze überschritten und die Idee dieses Forums platzte.

Heute leben sie in Portland und schauen auf „Reach Out“ positiv zurück, weil sie sagen, es habe ihnen durchaus manche konservativen Standpunkte leichter verständlich gemacht. Vor allem aber, weil es ihnen gelang, trotz allem Freundschaften zu Menschen aufzubauen, die fundamental andere Meinungen vertreten. So sind sie rühmliche Beispiele für die positiven Effekte interpersonalen Kontaktes, aber andererseits auch Zeugnisse, wie schwer es fallen kann, diese Differenzen auszuhalten, denn stets klingt es bei Katie Songer und Ron Dolen wie eine anstrengende Übung, eine Art Bürde, die man im Dienste der politischen Friedensstiftung auf sich zu nehmen hat. Ein anderer Liberaler der ersten Stunde, Rick Nelson, hatte schon ein Jahr zuvor die Segel gestrichen, da es ihn zunehmend mit Angst erfüllte, dass einer der regelmäßigen republikanischen Teilnehmer zu jedem Treffen seine Waffen mitbrachte und zudem davon sprach, dass er jedenfalls vorbereitet sei, wenn es im Land bald einen Bürgerkrieg gäbe.²²

DER EFFEKT DER ECHOKAMMER: GRUPPENPOLARISIERUNG UND DIE „RADIKALISIERUNG“ DER MEHRHEITSKULTUR

Rekapitulieren wir also: Sowohl die Daten unserer Umfrage als auch die Erfahrungen von „Reach Out Wisconsin“ zeigen, dass es in der wachsenden Zahl von krassen politischen Hochburgen nur höchst selten zum Austausch divergierender Meinungen kommt und dass vor allem der Mehrheitskultur kaum daran gelegen ist, „cross-cutting exposure“ zuzulassen. Orte wie Dane und Waukesha County können also in der Tat als Echo-Kammern bezeichnet werden, in denen die Stimmen der Mehrheit um ein Vielfaches verstärkt werden. Die Daten zeigen überdies, dass mit der Stärke der Parteiidentifikation auch die Homogenität des Netzwerkes zunimmt.

Somit drängt sich eine Frage auf: Sind die persönlichen Netzwerke so homogen, weil die Person eine hohe Parteiidentifikation besitzt, oder ist die Parteiidentifikation, jedenfalls auch zum Teil, Resultat der homogenen Netzwerke? Die Frage ist aus den Daten als solches nicht zu beantworten. Allerdings haben wir generell versucht zu ermitteln, inwiefern der Ort als Kontextvariable die politische Einstellung bestimmt. Anders gefragt: Wie beeinflusst das Leben in einer liberalen/konservativen Hochburg im Zeitverlauf die ideologische Einstellung der Menschen?

22 Schriftliche Auskunft des „Reach Out“ Teilnehmers Rick Nelson vom 13.01.2015.

Diese Fragen führen zur Kategorie der *movers* zurück, also jene Menschen, die in den letzten Jahrzehnten nach Dane und Waukesha umgezogen sind, und die uns im letzten Kapitel näher beschäftigt haben. Denn in ihrem Fall lässt sich die frühere Parteiidentifikation mit der heutigen abgleichen – was allerdings sehr eindeutige Ergebnisse produziert.²³ Dabei wurde zunächst davon ausgegangen, dass komplette Wechsel in der Parteiidentifikation eher selten sind, da Parteiloyalität im Allgemeinen als relativ stabile, meist in den frühen Jahren der Sozialisation gewonnene Eigenschaft nicht so leicht zu erschüttern ist.²⁴ In dieser Hinsicht waren die Ergebnisse bereits überraschend, denn die Anzahl der „Parteiwechsler“ war weitaus höher als vermutet: Etwa 15% derjenigen, die zum Zeitpunkt ihres Umzuges nach Waukesha Demokraten waren, identifizierten sich nun, im Jahr 2013, als Republikaner. In Dane County war die Zahl der „Konvertiten“ sogar noch etwas höher (22%). Umgekehrt jedoch – also Republikaner in Waukesha, die Demokraten wurden oder Demokraten in Dane, die Republikaner wurden – kam eine solche Konversion beinahe gar nicht vor.²⁵

Dabei war die eigentliche Hypothese grundsätzlich bescheidener. Sie lautet, dass die Prägung dieser Hochburgen sich vor allem darin zeigt, dass Parteianhänger, die bereits zum Zeitpunkt des Umzuges zur Mehrheitskultur gehören, ihre Parteiidentifikation stärken werden – das wäre schließlich ein entscheidender Hinweis darauf, dass die Mechanismen der Gruppenpolarisierung tatsächlich greifen. Umgekehrt wäre zu erwarten, dass die Angehörigen der Minderheitskultur ihrerseits ihrer Parteiidentifikation abschwächen.

23 In diesem Fall schien es, auch um die Fallzahl leicht zu erhöhen, sinnvoll, alle *movers* nach Dane und Waukesha County einzubeziehen, und nicht nur jene, die ab 1976 einwanderten. Für die Frage der generellen Prägung der Counties war das für den „Big Sort“ so wichtige Signaljahr 1976 nicht entscheidend.

24 So schon Angus Campbell: *The American Voter*, Chicago 1960.

25 An dieser Stelle ist selbstverständlich anzumerken, dass die Validität von Rückerinnerungsfragen in der Wahlforschung umstritten ist, da es hier bei den Befragten aus verschiedenen Gründen zu Verzerrungen kommen kann. Zum einen jedoch weisen alle der folgenden Ergebnisse in die gleiche Richtung. Und zum anderen ist wahrscheinlich, dass das Ausmaß der Veränderungen bei Rückerinnerungsfragen eher noch *kleiner* ausfällt bzw. die tatsächlichen ideologischen Anpassungseffekte tatsächlich noch größer sein könnten, da das Bemühen nach kognitiver Konsonanz dazu verleitet, die derzeitige Parteiidentifikation in die Vergangenheit zurück zu projizieren. Vgl. für die Thematik von Rückerinnerungsfragen in der Wahlforschung Harald Schoen: Wenn ich mich recht erinnere... Zur Validität von Rückerinnerungsfragen, in: Harald Schoen/Gabriel, Oscar W. (Hg.): *Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung*, Baden-Baden 2009, S. 259-279.

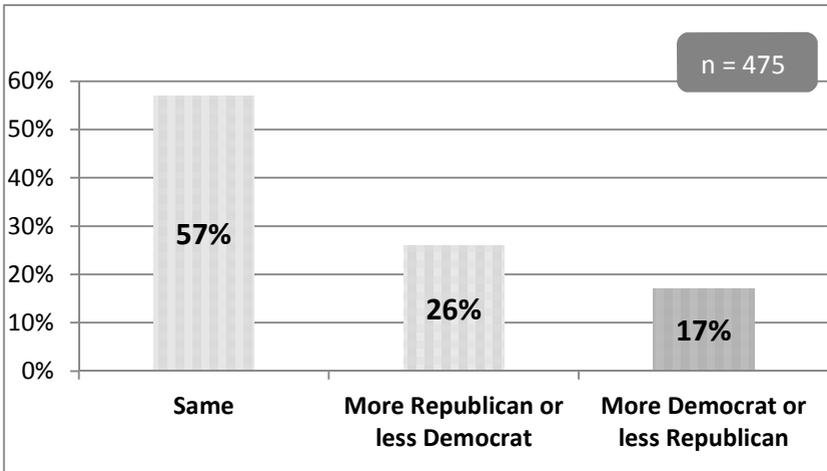
Und schließlich müsste sich im Sinne dieser Annahme auch die Gruppe der „Independents“ in Richtung der Ideologie der Mehrheitskultur bewegen.

Alle drei Hypothesen bestätigen sich, für beide Counties. In diesem Fall macht es Sinn, auf die die 7-gliedrige Einteilung der Parteiidentifikation zurückzugreifen: „Strong Republican“ – „Weak Republican“ – „Independent Leaning Republican“ – „True Independent“ – „Independent Leaning Democrat“ – „Weak Democrat“ – „Strong Democrat. Auf den ersten Blick ist die Stabilität der politischen Einstellungen dabei relativ hoch, dem Phänomen des oben demonstrierten „totalen“ Lagerwechsels zum Trotz. In Waukesha County etwa verortet sich über die Hälfte der Befragten noch an der exakt gleichen ideologischen Position wie zum Zeitpunkt des Umzuges. Allerdings: Es ist dort vor allem die Gruppe der „strong republicans“, die sich in diesem Sinne treu geblieben sind: 83% von ihnen sind heute (bzw. zum Zeitpunkt der Erhebung 2013) wie zum Zeitpunkt des Umzugs „strong republicans.“ Allerdings: da eine stärkere Parteiidentifikation als Option in der Umfrage nicht zur Verfügung stand, könnte man provokant fragen: wohin hätten sie sich auch bewegen sollen? Viel aufschlussreicher sind daher die Veränderungen etwa bei den „Weak Republicans“. Während sich hier etwa ein Viertel „treu“ blieb, wechselte beinahe die Hälfte (48,4%) ins Lager der „Strong Republicans“, nur ein weiteres Viertel bewegte sich in eine weniger konservative Richtung.

Von der Zahl derjenigen, die ihre Parteiidentifikation komplett änderten, war bereits die Rede. Wenig überraschend ist dabei wohl, dass die Gruppe der „Strong Democrats“ in ihrer Parteiloyalität wesentlich schwererer zu erschüttern ist als die „Weak Democrats“ oder auch die „Independent Leaning Democrats“. Auch bei den „Independents“ fällt zunächst auf, dass die Hälfte von ihnen ihre Parteiidentifikation nicht änderte. Wenn doch, dann entwickelte sich auch bei ihnen die politische Gesinnung jedoch sehr viel stärker in die konservative Richtung. Aus Gründen der Vereinfachung sind in Abbildung 13 drei Gruppen aufgeführt: Erstens jene, bei denen es überhaupt keine Veränderungen der Parteiidentifikation gab; zweitens die Gruppe derjenigen, die republikanischer (bzw. weniger demokratisch) wurden; drittens jene, die demokratischer (bzw. weniger republikanisch) wurden.

Und die Ergebnisse sind eindeutig: die Zahl derjenigen, die sich stärker in Richtung der Ideologie der Mehrheitskultur bewegt, ist bedeutend größer. Einfacher ausgedrückt: Das republikanische, konservative Waukesha County hat die Menschen, die dorthin zogen, im Zeitverlauf tendenziell „konservativer“ gemacht:

Abbildung 13: Veränderung der Parteiidentifikation seit dem Umzug: *movers* nach Waukesha County

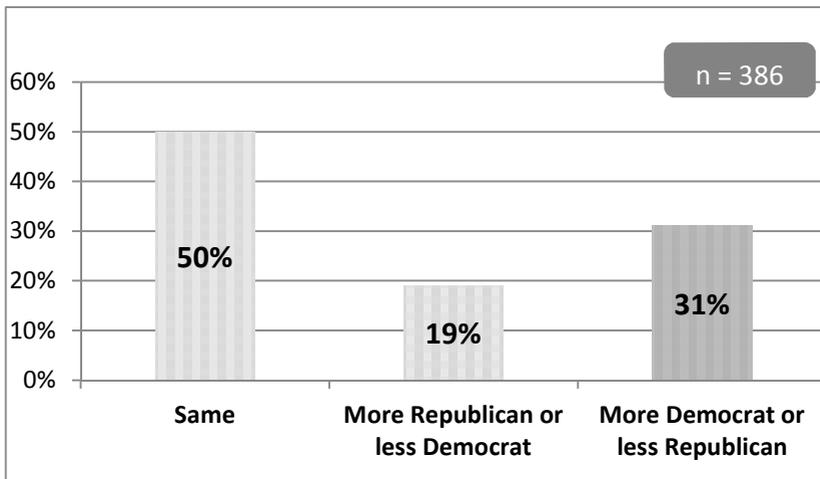


Quelle: Eigene Darstellung, Daten der DWPS.

In Dane County zeigt sich ein beinahe spiegelverkehrtes Bild: Hier ist wiederum die liberale Prägung auf die *movers* überdeutlich. Die Effekte sind noch etwas stärker, besonders gilt das für die Gruppe der „Independents“, bei denen es zu einer massiven Bewegung in Richtung der Demokraten gekommen ist: Über die Hälfte änderte die Party ID zwar gar nicht (55,8%). Aber während weniger als 10% heute zu den Republikanern tendieren, ordnet sich über ein Drittel der Befragten (34,6%) heute als Demokraten ein.

In Abbildung 14 sind die gleichen drei Gruppen wie für Waukesha aufgeführt: abermals jene, deren Parteiidentifikation unverändert blieb; *movers* die sich im Zeitverlauf in Richtung der Mehrheitsideologie bewegt haben; und schließlich solche, die sich in die gegensätzliche Richtung bewegt haben. Die Veränderungen sind noch deutlicher als in Waukesha.

Abbildung 14: Veränderung der Parteiidentifikation seit dem Umzug: movers nach Dane County



Quelle: Eigene Darstellung, Daten der DPWS.

Aus dieser Kombination – der ideologischen Magnetwirkung von Dane und Waukesha County sowie der nachfolgenden weltanschaulichen Prägung beider Orte – entstehen soziale Räume, die nicht nur stark von Demokraten oder Republikanern bevölkert sind. Es sind auch andere Demokraten, andere Republikaner, die wir dort jeweils finden: Republikaner in Waukesha sind konservativer als der nationale Durchschnitt, und Demokraten in Dane County sind liberaler als Demokraten anderswo.

Politisch hat das wenig überraschende Folgen: Es kommt zu einem permanenten ideologischen Überbietungsversuch. Nichts kann nämlich in Dane oder Waukesha County eine politische Karriere schneller beenden als der Vorwurf, nicht liberal bzw. nicht konservativ genug zu sein. Auf die Lokalpolitik im engeren Sinne werden wir dabei noch in einem späteren Kapitel zu sprechen kommen. Aber auch die Abgeordneten, die aus diesen beiden Counties in die Parlamente nach Washington oder Madison entsandt werden, haben sich diesen Realitäten zu stellen. Bis 2012 vertrat Tammy Baldwin die Interessen Dane Countys im Repräsentantenhaus in Washington. Baldwin war nicht nur die erste offen lesbische Abgeordnete im amerikanischen Kongress, sondern war laut ihres Abstimmungsverhaltens auch eine der liberalsten Demokraten in der Hauptstadt überhaupt. Mittlerweile ist sie zur Senatorin aufgestiegen und wetteifert dort mit Elisabeth Warren aus Massachusetts um die Position der liberalsten Senatorin. Waukeshas Repräsentanten in Washington, vor allem James Sensenbrenner, aber auch Paul Ryan,

dessen Wahlkreis ebenfalls ein kleines Stück von Waukesha abdeckt, gehören zum konservativeren Flügel eines ohnehin bereits sehr konservativen *GOP Caucus*. Da die ideologischen Unterschiede in der Regel mit der Lupe zu suchen sind, führt das zu bisweilen sehr merkwürdigen Wettbewerben – etwa wenn sich zwei Kandidaten für den Sitz Madisons in der State Legislature in der demokratischen Vorwahl darum streiten, wer denn nun die *schlechteren* Beziehungen zur Business Community habe.²⁶ Es ist ein wenig der Freudsche „Narzissmus der kleinen Differenzen“ auf die Politik übertragen.

Wenn einer weiß, wie man als Demokrat in Madison politisch überlebt, dann ist es Fred Risser. Risser ist derzeit der am längsten dienende Parlamentarier der USA: Er sitzt als State Senator seit sage und schreibe 1962 in der State Legislature. Als der Autor ihn im Mai 2012 in seinem Abgeordneten-Büro besucht, zeigt er stolz seinen politischen Stammbaum. Risser kommt aus einer Familie, der die Politik immer schon im Blut lag: schon sein Vater saß im Parlament in Madison. Die Geschichte der Risser – und vor allem ihrer Parteiwechsel – ist ein kleines Kompendium der amerikanischen Parteiengeschichte. Denn während die Parteien ihren Standort in den letzten einhundert Jahren mehrmals verschoben, blieben sich die Risser stets treu – und dabei so links, wie es in diesem Land möglich ist, ohne wirklich Sozialist zu sein. Risser's Vater war in der kurzlebigen „Progressive Party“, sein Großvater ein Republikaner in der Tradition des Sozialreformers Robert LaFollette. Risser ist der erste Demokrat der Familie. In über 50 Jahren als State Senator hat Risser noch nicht eine einzige wirklich ernsthafte Hauptwahl erlebt. Bisweilen haben die Republikaner erst gar keinen eigenen Kandidaten gegen ihn aufgestellt. Auch Risser muss sich einzig auf die Primary konzentrieren und das Schema ist dabei stets das Gleiche, sagt er: „In my party, the only way you can get at me, is try to prove I am not left enough.“ Allein: An Risser haben sich noch alle Herausforderer die Zähne ausgebissen: „They try to move to my left, but they are having a hard time doing it!“²⁷

26 So geschehen im demokratischen Vorwahlkampf 2014 zwischen Mark Clear und Lisa Subeck um Wisconsin's 78. Assembly Seat. Vgl. Joe Tarr: Mark Clear and Lisa Subeck battle for liberal cred in west-side Assembly race: Will the real progressive please stand up?, in: *Isthmus*, 17. Juli 2014, abrufbar unter: <http://www.isthmus.com/news/news/mark-clear-and-lisa-subeck-battle-for-liberal-cred-in-west-side-assembly-race/> (zuletzt abgerufen am 28.04.2015).

27 Gespräch mit Fred Risser, 7. Mai 2012.

Denn Risser hat sich über all die Jahrzehnte als äußerst geschmeidiger Politiker erwiesen, und alle Linkswendungen seiner Partei mitgenommen. Als Risser das erste Mal in die *State Legislature* gewählt wird, gab es noch keine „New Left“, spielten „Gay Rights“ keine Rolle, selbst Abtreibung war noch kein politisch extrem aufgeladenes Thema. Aber Risser folgte dem amerikanischen Liberalismus forthin auf all seinen Wegen. Seine Rolle als Repräsentant nimmt er sehr wörtlich: Er habe sich stets bemüht, sagt Risser, die Positionen seines Wahlkreises zu übernehmen und den Leuten zu geben, was sie wollten; und sein Wahlkreis sei nun einmal wahrscheinlich einer der liberalsten in den gesamten USA. Risser ist ein Glücksfall für alle, denen vor allem die Responsivität von Politik am Herzen liegt aber ein Alptraum für andere, die an die Unabhängigkeit der politischen Auffassungen von Repräsentanten glauben. Risser hat nach der Devise: „I am their leader, I must follow them“ gehandelt und damit hat er in Dane County, den sieben Leben einer Katze gleich, noch stets jeden Widersacher überlebt.

Diese Dynamik ist in Waukesha die Gleiche. Waukeshas Republikaner, und jene aus anderen Counties, die die Suburbs von Milwaukee umfassen, gelten als besonders konservativ. Auch ihnen droht Gefahr nur noch in den Vorwahlen, auch sie müssen in Permanenz beweisen, dass zwischen den Bedürfnissen ihrer Wählerbasis und ihrer Politik kein Blatt Papier mehr passt. Seitdem Scott Walker in Wisconsin ein konservatives Gesetzesvorhaben nach dem anderen durchgesetzt hat, ist es allerdings nicht mehr leicht, noch die Rolle der ideologischen Avantgarde zu spielen. Manche Abgeordnete der State Legislature hat auf das auf schon fürwahr abenteuerliche Wege geführt. Als im November 2012 acht Republikaner den Antrag stellten, alle Bundesbeamten, die in Wisconsin an der Umsetzung von Obamacare arbeiteten – in den Augen vieler extrem konservativer Aktivisten nicht einfach ein schlechtes Gesetz, sondern schlicht ein Verfassungsbruch – zu verhaften, da befanden sich in dieser Gruppe fast nur Abgeordnete aus Waukesha oder aus anderen Suburbs bei Milwaukee. Es war eine Aktion, die selbst unter anderen konservativen Republikanern in Wisconsin nur noch Kopfschütteln verursachte.²⁸ Verbabschiedet wurde ein solches Gesetz dann natürlich nicht. Doch darum war es natürlich auch nie gegangen – sondern nur darum, die größtmögliche Opposition gegen den gerade wiedergewählten und so sehr verhassten Präsidenten im fernen Washington auszudrücken.

28 Vgl. Patrick Marley: 9 lawmakers want to arrest U.S. officials who implement Obamacare, in: *Milwaukee Journal Sentinel*, 13. November 2012, <http://www.jsonline.com/news/statepolitics/nine-lawmakers-back-charging-federal-officials-who-implement-obamacare-here-n47k110-179180251.html> (zuletzt abgerufen am 17.06.2015).

SOZIALE KONTROLLE UND DIE IDEOLOGISCHE DURCHDRINGUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT – ODER: WARUM ES REPUBLIKANER IN DANE COUNTY SCHWERER HABEN

Das alles sollte deutlich gemacht haben, dass die durch Binnenmigration ausgelöste Entstehung politischer Hochburgen nicht einfach nur ein Symptom der ideologischen Spaltung des Landes ist, sondern in der Konsequenz soziale Räume entstehen, die den perfekten Nährboden für eine weitere Entfremdung zwischen dem liberalen und konservativen Amerika bieten, was die Polarisierung des Landes, einem Teufelskreis gleich, weiter befördert. Der „Big Sort“ ist also nicht nur Symptom, sondern auch eine wesentliche Ursache des ideologischen Grabens, der die modernen USA durchzieht.

Auffällig ist allerdings, dass viele der angesprochenen, messbaren Effekte in Dane County jedoch deutlich größer sind: Hier drückt die Minderheit, also die Republikaner, eine größere Unzufriedenheit mit ihrem Wohnort aus, zeigt ein sehr viel stärkeres Bedürfnis umzuziehen, viele direkt aus politischen Gründen. Die Republikaner von Dane County, auch diese Frage stellten wir in der DWPS, haben von allen Befragten auch am wenigsten das Gefühl, dass die Menschen in ihrer Umgebung ihre Werte teilen. Und wie das vorangegangene Kapitel gezeigt hat, übt Dane County auch eine stärkere ideologische Prägung (oder auch Konversionseffekt) auf die Parteianhänger beider Seiten aus.

Kurz gesagt: Bei allen Ähnlichkeiten in Bezug auf die Soziologie dieser Hochburgen bleibt es wichtig festzuhalten, dass manches sich dennoch markant unterscheidet. Liberale und Konservative, Demokraten und Republikaner – sie alle mögen die gleiche Tendenz haben, untereinander zu bleiben, die gleiche Neigung, Rückzugsorte zu finden, die nach dem Prinzip der Echokammer funktionieren. Und doch spielt die Ideologie der Mehrheitskultur in Dane County eine weitaus größere Rolle: sie hat dort viel sichtbarer den öffentlichen Raum eingenommen und sorgt für sehr viel spürbarere Trennlinien zwischen beiden Lagern, die bis tief in den Lebensalltag spürbar sind.

Das hat verschiedene Gründe. Da ist einmal die physische Struktur beider Räume und damit die Art und Weise in der Privatheit und Öffentlichkeit miteinander verzahnt sind. *Suburbia*, das wurde bereits gezeigt, ist generell ein Ort größerer Privatheit und in diesem spezifischen Sinne weniger politisch. Das bedeutet nicht, dass Waukesha nicht ebenso konservativ wäre wie Dane County County liberal ist – aber es ist einfach weniger sichtbar. Während es in Madisons Innenstadt ständig Veranstaltungen mit einer liberalen politischen Agenda gibt, ist diese Art von politischem Aktivismus – zumindest außerhalb von Wahlkampfzeiten –

in Waukesha schlicht abwesend. Ein Republikaner wird in Madison schnell merken, dass er in der Minderheit ist, ein Demokrat in Waukesha vielleicht erst dann, wenn seine Nachbarn in der Wahlkampfsaison ihre „yard signs“ aufstellen. In Madison gibt es zwei Tageszeitungen und eine Wochenzeitung, die täglich über Lokalpolitik berichten und dabei jede Kabale zwischen und innerhalb der Parteien genüsslich ausschlichten. In Waukesha County gibt es allenfalls die Regionalseiten des *Milwaukee Journal Sentinels*, der jenseits seiner Chronistenpflicht bezüglich der Ergebnisse lokaler Wahlen kaum über Politik in *Suburbia* berichtet. Man könnte auch sagen: In Madison kann man eine Gesellschaft dabei beobachten wie sich selbst permanent beobachtet, wie verschiedene Gruppen auf offener Bühne ihre Konflikte austragen. Im Vergleich dazu ist Waukesha ein gigantischer Backstage-Bereich, zu dem der Zugang stark eingeschränkt ist – selbst für einen Feldforscher, der dort über drei Monate gelebt hat.

Doch nur die unterschiedliche Sichtbarkeit gewisser Phänomene ist es nicht. Es gibt noch einen weiteren Punkt und dieser ist nicht ganz leicht zu versöhnen mit der Ansicht, der amerikanische Liberalismus sei vor allem geprägt von Toleranz gegenüber anderen Anschauungen. Denn zur Ideologie des amerikanischen Liberalismus gehört ganz einfach eine größere Spannweite von „richtigen“ Verhaltensweisen, die in den Lebensalltag von Menschen potentiell eingreifen können und deren Nicht-Einhaltung gesellschaftlich sanktioniert wird. Ein Bio-Supermarkt in Waukesha hätte es vielleicht schwer, sich ökonomisch zu behaupten – wirkliches Aufsehen hingegen würde er kaum erregen. Doch sobald die Supermarktkette Wal-Mart, für viele Liberale der Hauptverursacher der Verödung amerikanischer Innenstädte und außerdem als Lohndumper gefürchtet, sich in Dane County ansiedeln will, ist eine Protestveranstaltung sicher. Wer in Waukesha ein Hybrid-Auto fährt, dürfte unbehelligt bleiben; wer aber in einigen der besonders liberalen Nachbarschaften von Madison einen der typisch überdimensionierten SUVs fährt, dürfte irgendwann auf seine Meinung zum Klimaschutz angesprochen werden. Es mag solche Formen sozialer Kontrolle durch die Mehrheitsgesellschaft auch in Waukesha geben, aber sie sind seltener, subtiler, individueller. Wer in Waukesha nicht willkommen ist, wird auch das schnell spüren, aber die Ablehnung wird normaler Weise nicht in Form von Boykotten, Demonstrationen oder Petitionen erfolgen – und damit für den Forscher sehr viel schwerer zu erkennen und auch zu beschreiben sein. Kurz gesagt: wenn es im Folgenden darum geht, die Durchdringung der Zivilgesellschaft durch die Mehrheitsideologie darzustellen – wie sehr also liberale und konservative Weltanschauungen Einfluss auf das soziale Leben der Menschen haben – dann wird diese Darstellung sich ganz überwiegend auf das liberale Dane County fokussieren.

Wer erfahren will, wie tief sich eine Ideologie in die Struktur eines Ortes eingegraben hat, wie hegemonial sie herrscht, der sollte dort nach ihr suchen, wo die Wahrscheinlichkeit sie zu finden zunächst am geringsten erscheint: in jenen Institutionen, die eigentlich die Bastionen der Gegenseite sind. In einer Hochburg der Demokratischen Partei lenkt das die Aufmerksamkeit fast schon automatisch auf die örtlichen Pressure- und Lobbygroups aus dem Arbeitgeber-Lager. Sympathien für die Demokratische Partei sind diese in der Regel eher unverdächtig. Wisconsin einflussreichste Lobby-Gruppe ist eine Organisation mit dem Namen „Wisconsin Manufacturers and Commerce“ (WMC). Früher unterhielt WMC exzellente Verbindungen in beide politische Parteien – heute aber ist die Organisation ein stramm republikanischer Unterstützungsverein. Eng verbunden ist WMC auch mit den örtlichen Handelskammern, den „Chambers of Commerce“. Auch diese unterstützen in der Regel die Politik der Republikanischen Partei.

Indes: In Dane County liegen die Dinge tatsächlich anders. Hier hat die „Greater Madison Chamber of Commerce“ in den letzten Jahren wiederholt Stellung gegen republikanische Gesetzesvorhaben bezogen. Von Scott Walkers Act 10, von WMC als entscheidender Durchbruch gefeiert, distanzierte sich die Chamber im Februar 2011 vehement.²⁹ Deutlich wurde die unorthodoxe Haltung aber bereits 2006, als die Chamber im Rahmen eines Referendums gegen das Verbot der Homoehhe kämpfte und damit an der Seite zahlreicher liberaler Interessenverbände stand. Die Chamber verteilte eine Zeit lang auch die in den USA gängigen „endorsements“ – Wahlaufrufe für einen bestimmten Kandidaten – und unterstützte dabei in der Vergangenheit sowohl liberale als auch konservative Kandidaten (Rennen zum City Council und zum County Board sind offiziell *non-partisan*, es stehen also keine Parteizugehörigkeiten hinter den Namen auf dem Wahlzettel). Freilich: Bei den meisten Wahlen, wie etwa zum City Council, stehen Konservative gar nicht zur Wahl. „Liberal, more liberal and really, really liberal“, so beschreibt Jennifer Alexander, die Vorsitzende der Chamber von 2004 bis 2012, die Wahlmöglichkeiten im City Council von Madison.³⁰

Wahrscheinlich ist die Chamber eine der wenigen Institutionen in Dane County (abgesehen vom privat organisierten „Reach Out Wisconsin“), in der Demokraten und Republikaner tatsächlich noch aufeinandertreffen und miteinander sprechen. Der derzeitige Vorsitzende der Chamber ist ein moderater Demokrat, wovon es in Dane County nicht gerade viele gibt. Seine Vorgängerin von 2004 bis

29 Vgl. Dan Kaufman: Note on the Cheddar Revolution, in: *The New Yorker*, 22. Februar 2011, <http://www.newyorker.com/news/news-desk/notes-on-the-cheddar-revolution> (zuletzt abgerufen am 18. Juni 2015).

30 Gespräch mit Jennifer Alexander, Vorsitzende der Greater Madison Chamber of Commerce 2004-2012, 28. November 2012.

2012, Alexander, war wiederum eine moderate Republikanerin, die unter anderem das Recht auf Abtreibung befürwortet – wovon es tatsächlich im ganzen Land nicht mehr besonders viele gibt. Wahrscheinlich kommen andere Persönlichkeiten kaum für einen Job in Frage, bei dem es ständig gilt, die Balance zu halten. Denn einerseits sind große Teile der Business Community – wir sahen es bereits – nicht unbedingt glücklich mit der Wirtschaftspolitik der Stadt und des Counties und stöhnen über die in der Tat vielen Regulierungen, die hohen „property taxes“ und „sales taxes“ und vor allem den großen Einfluss der mächtigen Nachbarschaftsvereinigungen. Ihrer Meinung nach ist Madison Heimstatt des *Nimbyism*, der not-in-my-backyard-Ideologie: So sprächen sich theoretisch alle für urbane Dichte aus – solange eben nichts unmittelbar neben dem eigenen Hause gebaut würde und dann im Sommer vielleicht etwas weniger Licht ins Wohnzimmer scheinen könnte.³¹ Dane County floriert – aber, so empfindet es die Mehrzahl der Unternehmer, eher trotz und nicht wegen der Politik der Stadt und des Counties.

Man könnte meinen, all dieses würde zumindest den überwiegenden Teil der Wirtschaftselite von Madison zu erklärten Gegnern der Stadt-Politik machen, sie überhaupt ins Lager der Konservativen ziehen. Doch all der Beschwerden zum Trotz: eine solche geschlossene Opposition stellt Madisons Wirtschaftselite beileibe nicht dar und die Politik der Chamber spiegelt das wider. Die Organisation vermeidet als Kollektiv alles, was sie zu sehr in die Nähe der Republikanischen Partei rücken könnte. Für die versprengten Konservativen von Madison ist das ein konstanter Quell der Frustration: sie verstehen nicht, warum selbst der natürlichste Bündnispartner der Republikanischen Partei in Madison die Gefolgschaft verweigert. Ihrer Ansicht nach kann es dafür nur eine Erklärung geben: Es muss an der Politik der liberalen Einschüchterung liegen, und dem Konformitätsdruck, dem sich selbst Madisons Unternehmer nicht entziehen können. Für David Blaska, einen konservativen Blogger in Madison, und damit eine ziemlich einsame Stimme in der Stadt, liegt der Fall klar: „Too many of Madison’s businesspeople have Stockholm Syndrome, an identification with their captors, a willingness to take orders rather than give them.“³²

Liberalen hingegen halten die These von der „Unterdrückung“ konservativer Ideen und der Verfemung von Republikanern in der Stadt für einen Anflug von mittelschwerer Paranoia. Als „Culture of Victimization“ etwa bezeichnet Bill Lueders, ein dezidiert liberaler Publizist, die Geisteshaltung vieler Republikaner, die

31 Gespräch mit dem Bauunternehmer Joe Alexander, 2. November 2014.

32 Vgl. David Blaska: Madison Chamber Lands High Draft Pick in Zach Brandon, in: *Blaska’s Bring It!*, 12. November 2012. <http://www.ibmadison.com/Blogger/Bring-It/November-2012/Madison-Chamber-lands-high-draft-pick-in-Zach-Brandon> (zuletzt abgerufen am 27.01.2015).

sich gerne zu den Opfern eines angeblich liberalen Mainstreams stilisieren.³³ Und John Hendrick, der bis 2014 Vorsitzender des Dane County Boards war, versucht die Klagen der Republikaner in Madison, die man dort schließlich für die Partei der Privilegierten hält, in eine historische Perspektive zu rücken: „Are they oppressed? I don't see it. I don't think they are oppressed in the same sense that different classes and groups have been oppressed through history.“³⁴

In der Tat erinnern die Klagen der Republikaner von Madison an die rhetorischen Versatzstücke, mit denen auch „Fox News“ das Ressentiment gegen die Dominanz und gleichzeitige Ignoranz der „liberalen Elite“ schürt. Andererseits: Gänzlich abwegig ist die Vorstellung nicht, dass es vielleicht schwieriger sein könnte, Geschäfte in Dane County zu tätigen, wenn man als Freund der Republikanischen Partei gilt. Da sind einmal die direkten Interventionen von politischer Seite. 2013 plante Bürgermeister Soglin eine Verordnung, die bei öffentlichen Ausschreibungen alle Firmen gezwungen hätte, sämtliche Zuwendungen an politische Parteien, Kandidaten, Interessengruppen oder Super-Pacs offen zu legen. Soglins Begründung: Die Stadt könne schließlich nicht Aufträge an Firmen vergeben, die ihrerseits an Gruppen spendeten, die den „Staat hassten.“³⁵ Allerdings fanden selbst einige von Soglins Parteifreunden, dass dieser Vorschlag zu weit gehe und gegen den Grundsatz der freien Meinungsäußerung verstoße und auch die vorsichtige Chamber bezog Stellung dagegen. Am Ende stimmte der City Council in Madison knapp gegen den Vorschlag des Bürgermeisters.³⁶

Andere, subtilere Methoden verhindert das nicht. So gehört es etwa für Madisons liberale Tageszeitungen zu den liebsten Beschäftigungen, Unternehmen, die für republikanische Kandidaten gespendet haben, öffentlich zu machen – was bei vielen Betroffenen zu bisweilen würdelosen öffentlichen Verrenkungen und Unterwerfungsgesten führt.

33 Gespräch mit Bill Lueders, Wisconsin Center for Investigative Journalism, 19. März 2012.

34 Gespräch mit John Hendrick, Dane County Board Chair 2012-2014, 25. April 2012.

35 Vgl. Pat Schneider: Mayor Paul Soglin Wants City Contractors to Disclose Lobbying Contributions, in: *Capital Times*, 08. Mai 2013: http://host.madison.com/news/local/writers/pat_schneider/mayor-paul-soglin-wants-city-contractors-to-disclose-lobbying-contributions/article_5e72743e-b772-11e2-9130-0019bb2963f4.html (zuletzt abgerufen am 26.01.2015).

36 Vgl. Ed Treleven: City Council Rejects Mayor's Plan to Require Contractors to Disclose Certain Contributions, in: *Wisconsin State Journal*, 19. Juni 2013: http://host.madison.com/news/local/govt-and-politics/city-council-rejects-mayor-s-plan-to-require-contractors-to/article_e2714918-ba90-587f-bd48-17b33b425a7c.html#ixzz3Q17NFggS (zuletzt abgerufen am 27.02.2015).

Ein solcher Fall spielte sich z.B. 2014 ab, als die „Capital Times“ den Inhaber einer Druckerei als Spender republikanischer Wahlkämpfe der letzten Jahre „enttarnte.“ Der Unternehmer David K. Reinke sah sich daraufhin gezwungen, öffentlich Abbitte zu leisten und seine Spenden an Romney und andere im Nachhinein in der Zeitung als „Fehler“ zu bezeichnen.³⁷

Der mit Abstand skurrilste Fall politischer Selbstverleugnung hatte sich freilich schon 2011 zugetragen, als der frisch gewählte Vorsitzende der Republikanischen Partei von Dane County, der Bauunternehmer Mike Herl, etwa ein gutes halbes Jahr bemüht war, seinen Namen geheim zu halten – aus Angst, seine Firma könnte sonst einen lukrativen Auftrag verlieren. Für einen Mann, dessen Aufgabe vor allem darin besteht, eine Organisation nach außen zu vertreten, war das eine gewiss ungewöhnliche Idee und für die liberale Presse der Stadt, die sich ohnehin gerne lustig macht über die Minderwertigkeitskomplexe von Konservativen in Madison, ein gefundenes Fressen: fortan titulierte sie Herl nur noch als den „Secret G.O.P. Chair.“³⁸ Über den Grad empfundener Einschüchterung entscheiden am Ende auch jene, die die Bedrohung wahrnehmen. Ob also eingebildet oder nicht: Für viele Republikaner ist das Klima in Madison und Dane County feindlich und bedrohlich. Natürlich gibt es Geschäftsleute, von denen bekannt ist, dass sie der Republikanischen Partei angehören und die das nicht daran hindert, gute Geschäfte in der Stadt zu machen. Die Liberalen etwa verweisen gerne auf Terence Wall, einen Immobilien-Magnaten aus Madison, der sich 2010 sogar erfolglos um das Amt des Senators bewarb. Aber es sind in der Tat sehr, sehr wenige, die sich „outen“ und in der Regel sind es solche Unternehmer, deren Position ökonomisch sehr gesichert scheint.

Dennoch gibt es weitaus wichtigere Gründe, warum die Wirtschaftselite von Madison politisch so offenkundig anders strukturiert ist als im Rest des Bundesstaates Wisconsin. Zum Teil sind die Interessenlagen einfach andere: Wenn die Chamber sich für das Thema Stammzellenforschung engagiert – ein Thema, das WMC aufgrund der engen Beziehung zur Republikanischen Partei und den dortigen Befindlichkeiten auf Seiten der religiösen Rechten meidet – dann eben ganz

37 Vgl. Jack Craver: The Madison company that contributed to Romney's Super PAC, in: *Capital Times*, 12. März 2014: http://host.madison.com/news/local/writers/jack_craver/the-madison-company-that-contributed-to-romney-s-super-pac/article_c2bad788-a95c-11e3-91b1-0019bb2963f4.html#ixzz3Q1AAkRv8 (zuletzt abgerufen am 20.06.2015).

38 Vgl. Bill Lueders: Dane County's Secret GOP Chair, in: *Isthmus* 13. November 2008, abrufbar unter: <http://www.isthmus.com/news/news/dane-countys-secret-gop-chair/> (zuletzt abgerufen am 20.06.2015).

einfach deswegen, weil nur in Madison aufgrund einer forschungsstarken Universität Biotechnologie als Wirtschaftsfaktor überhaupt eine nennenswerte Rolle spielt. Und dass die Chamber 2006 das Thema Homoehe unterstützte, erklärt sich durch die schlichte Tatsache, dass viele Unternehmen im Raum Madison ganz einfach eine andere Interessenlage haben: Für viele der High-Tech Unternehmen in der Region ist Diversität ein Wettbewerbsfaktor im Kampf um die besten Köpfe.³⁹ Auch die Chamber ist in ihrer Lobbyarbeit deswegen vor allem darum bemüht, die richtigen atmosphärischen Rahmenbedingungen für die Angehörigen der *Creative Class* zu fördern. Die starke Beachtung von Life-Style Faktoren lässt sie daher häufiger eine liberale linke Agenda unterstützen. Obgleich sie die strengen Umweltauflagen in Madison und Dane County beklagen, tragen sie die restriktive Raumordnungspolitik der Stadt (oder wie es der „Secret G.O.P. Chair“ Mike Herl im Interview überaus plastisch ausdrückt: „You can't even build a damn Dunkin Donuts without putting 16 apartments on top of it. For Christ's sake!“⁴⁰) zumindest im Grundsätzlichen oft mit. Denn auch ihnen ist es ein Anliegen, dass die beiden Seen, die Madison umschließen, sauber und für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben, und dass die schlimmsten Auswüchse suburbaner Zersiedelung ausbleiben: denn beides ist auch ihrer Ansicht nach wichtig, um die Stadt lebenswert zu halten und jüngere Generationen nach Madison zu locken.⁴¹

So leben der öffentliche Sektor – in Dane County sind immerhin rund 20% der Beschäftigten Angestellte des öffentlichen Dienstes – und der private Sektor in Madison und Dane County in einer Art friedlicher Symbiose, bei der die Anti-Government-Rhetorik der Republikanischen Partei kaum verfangen kann. Denn schließlich: geht es der öffentlich finanzierten University of Wisconsin gut, dann wirkt sich in jedem Fall positiv auf die Innovationsfähigkeit der Ökonomie Madisons aus. Wenig verwunderlich, dass manche in Madison schon lange spekuliert hatten, Walkers nächster Schlag nach seinem Angriff auf die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes könnte nun der Universität gelten – alleine schon deswegen, weil durch sie der Nachschub an „Out-of-State-Liberals“ in die verhasste Demokraten-Hochburg Madison gestoppt werden könnte. Bei der nächsten Runde von Budgetkürzungen 2015 strich Walker der Universität dann tatsächlich 13% ihres Budgets.⁴² Scott McDonell, demokratischer County Board Chair bis 2012, sieht

39 Gespräch mit Jennifer Alexander, 28. November 2012

40 Gespräch mit Mike Herl, Vorsitzender der Republikanischen Partei von Dane County von 2008-2014, 31. Mai 2012

41 Gespräch mit Jennifer Alexander, 28. November 2012.

42 Vgl. Julie Bosman: 2016 Ambitions Seen in Walker's Push for University Cuts in Wisconsin, in: *New York Times*, 16. Februar 2015: <http://www.nytimes.com/2015/>

die Solidarität vieler Firmen und Inhaber von Geschäften in Madison mit den Gewerkschaften während der Anti-Walker-Proteste 2011 ebenfalls in ähnlichen Interessenlagen begründet, denn unter ihren Kunden seien schließlich ebenfalls viele Angestellte des öffentlichen Dienstes, die durch die Kürzungen weniger für den Konsum übrig hätten.⁴³

Konformität mag also der eine Grund sein, warum in Madison selbst die Wirtschaftselite keine Zitadelle konservativer Ideologie darstellt. Der zweite Grund ist eine sehr spezifische, abweichende Interessenlage, durch die der private Sektor in einer Symbiose mit liberalen politischen Eliten steht. Und schließlich gibt es noch einen dritten Grund, und dieser wiegt am schwersten: Viele Unternehmer in Madison sind tatsächlich überzeugte Liberale, teilweise sogar besonders engagierte Parteigänger der Demokraten. Die Stadt hat, wie erwähnt, eine andere ökonomische Struktur, die andere Arten von Unternehmen und Universitätsabsolventen anzieht als der Rest des Staates. Niemand verkörpert das stärker als Madisons wichtigster privater Arbeitgeber: EPIC Systems.

EPIC, das ist vor allem die Firmengründerin und Chefin Judy Faulkner. Faulkner ist so etwa die Sphinx von Madison: sie selbst gibt praktisch keine Interviews und auch die Firmenpolitik von EPIC ist äußerst verschwiegen. Wie in vielen Software-Firmen herrscht im Innern des Unternehmens anscheinend eine Art von esoterischem Kult, der sich unter anderem in einem Kodex für die Mitarbeiter niederschlägt und Punkt 1 der 12 „EPIC-Principles“ lautet: „Do not go public.“⁴⁴ Man weiß daher wenig über die Firma aus Verona, einem Vorort von Madison. Aber zwei Dinge sind unbestritten: Zum einen, dass Madisons High-Tech Boom bei genauerer Betrachtung vor allem ein „EPIC-Boom“ ist: In den letzten 10 Jahren hat sich die Mitarbeiterzahl mehr als verdoppelt und mittlerweile beschäftigt EPIC fast 10.000 Mitarbeiter. Viele der neuen Start-up Unternehmen in Madison sind Gründungen ehemaliger EPIC-Mitarbeiter. Und schließlich ist auch dies kein Geheimnis: Judy Faulkner gilt als eine der größten Spenderinnen der Demokratischen Partei in Wisconsin.

02/17/us/politics/scott-walker-university-wisconsin (zuletzt abgerufen am 01.05.2015).

43 Gespräch mit Scott McDonell, 28. März 2012.

44 Vgl. Jeff Buchanan: My Epic journey: An insider's look at what makes Dane County's biggest company tick, in: *Capital Times*, 7. Mai 2014, http://host.madison.com/news/local/my-epic-journey-an-insider-s-look-at-what-makes/article_06e96295-13ed-51ef-9821-be0da8fc31dd.html#ixzz3Q1IRnYZw (zuletzt abgerufen am 27.01.2015).

Vor allem aber hat EPIC unter ihrer Führung entschieden, jede Kooperation mit Firmen zu beenden, die Mitglied im republikanisch dominierten WMC sind.⁴⁵ Unter diesem Druck entschlossen sich tatsächlich mehrere Firmen, WMC zu verlassen. Die vielen kleinen Tech-Firmen in Madison sind dort ohnehin kein Mitglied und fühlen sich von der Agenda von Wisconsins größtem Lobby-Verband nicht vertreten. Verantwortlich dafür sind nicht nur die möglicherweise divergierenden Interessen oder WMCs klare parteipolitische Positionierung. Da ist außerdem auch eine kulturelle Fremdheit, die dafür sorgt, dass Madisons Start-Up Community sich wenig heimisch fühlt in einem noch von klassischen Industriebetrieben dominierten Wirtschaftsverband.⁴⁶

Das alles sind die Gründe, warum der amerikanische Konservatismus in Dane County selbst innerhalb der Business-Community keine Heimat findet. Und gleichzeitig belegt es, wie tiefgreifend die Mehrheitsideologie den gesellschaftlichen Takt der Stadt Madison bestimmt. Im Fall von Dane und Waukesha County scheint es in der Tat nicht übertrieben zu sein, wenn man feststellt, dass die Prägung durch den Ort viele der normalerweise üblichen Gruppenloyalitäten oder sozio-demographischen Korrelationen eindeutig überlagert oder sogar vollständig verdrängt. So gehört es etwa zu den jeweiligen Zerrbildern in Dane und Waukesha vom jeweils anderen Ort, dass die hohen Stimmenanteile der Demokraten in Dane County sich ausschließlich den vielen Angestellten des öffentlichen Dienstes verdanken, die so ihre eigenen Pfründe sicherten. Umgekehrt hält man in Dane County Waukeshas Konservatismus für das Produkt reicher, weißer Amerikaner, die sich mit ihrer Stimme die Steuersenkung für Wohlhabende erkauften.

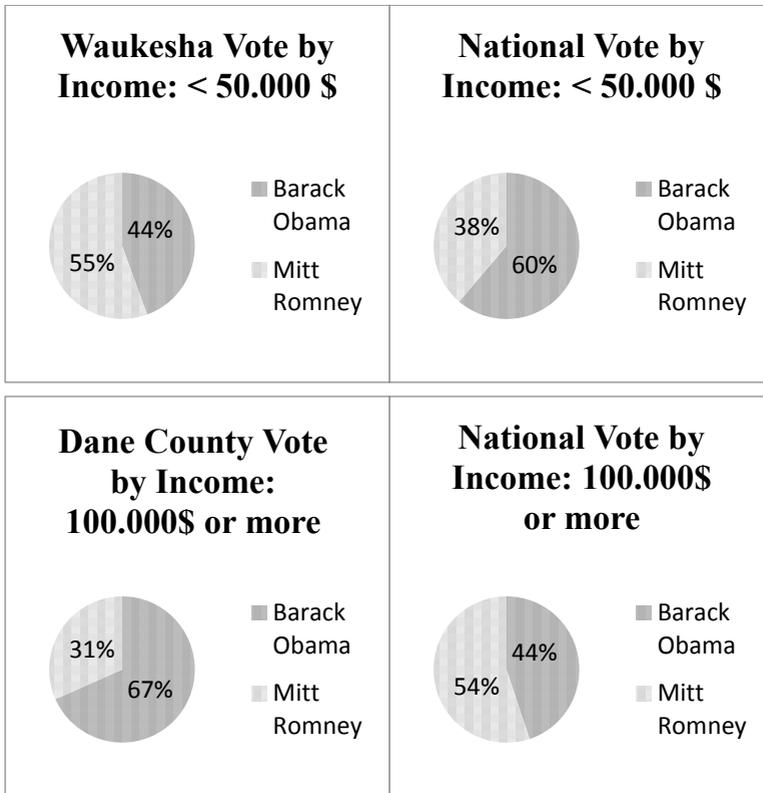
Wie bei so vielen Klischees ist auch an diesen etwas dran, aber die Wahrheit ist zugleich auch weitaus komplexer. Mit Hilfe der DWPS lässt sich vergleichen, wie die verschiedenen demographischen Gruppen in Dane und Waukesha bei der Präsidentschaftswahl 2012 wählten und inwiefern diese Ergebnisse vom nationalen Wahlergebnis abwichen. Tatsächlich lagen die beiden Parteien in ihren Hochburgen in fast allen demographischen Gruppen vorne – sie sind, wenn man so will, veritable Volksparteien. In Dane County erhielt Obama z.B. bei jenen, die mehr als 100.000 Dollar im Jahr verdienen (was die allerwenigsten Angestellten des

45 Vgl. Mike Ivey: Businesses are turning backs on WMC, in: *BIZTIMES.com*, 07.07.2008: <http://www.biztimes.com/article/20080707/BLOGS/307079990/> (zuletzt abgerufen am 20.06.2015)

46 Vgl. Marc Eisen: What the hell do they do? Tech Leaders Get Little Help From Wisconsin Manufacture & Commerce, in: *Isthmus*, 18. September 2014, <http://www.isthmus.com/news/cover-story/tech-leaders-get-little-help-from-wisconsin-manufacturers-and-commerce/> (zuletzt abgerufen am 20.06.2015).

öffentlichen Dienstes verdienen dürften), 66% der Stimmen – auf nationaler Ebene waren es 2012 nur 44%. Andersherum konnte Mitt Romney in Waukesha County selbst in der Gruppe derjenigen, die unter 50.000 Dollar verdienen, die Mehrheit der Stimmen erreichen, wenngleich weniger eindeutig mit 55 %.

Abbildung 15: Vergleich Wahlverhalten Dane und Waukesha County bei Präsidentschaftswahl 2016 mit nationalem Wahlverhalten – Einkommen.

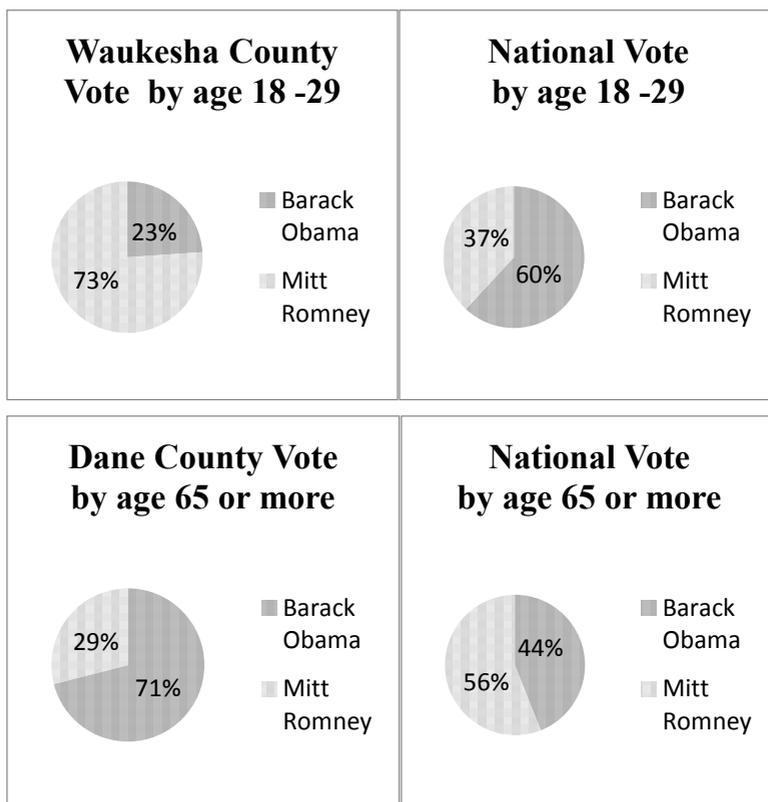


Quelle: Dane/Waukesha: Eigene Darstellung, Daten der DWPS; National: CNN Exit Polls 2012 (<http://edition.cnn.com/election/2012/results/race/president/>)

Der gleiche Überlagerungseffekt zeigte sich bei den verschiedenen Alterskohorten. Bekanntlich gibt es hier bei den letzten beiden Präsidentschaftswahlen eine eklatante Generationenlücke: die Republikaner sind bei jüngeren Wählern stark unterrepräsentiert. In Waukesha jedoch erhielt Romney selbst bei den 18-29-jäh-

rigen eine überwältigende Mehrheit, die sogar noch über seinem Ergebnis in älteren Altersgruppen liegt. Umgekehrt gewann Obama in Dane County auch die Stimmen der über 65-jährigen. Auch bei der Frage des Bildungsgrades zeigt sich dieser Überlagerungseffekt, wengleich weniger drastisch. Allein bei der Frage der Hautfarbe erwies sich der Ort überhaupt nicht als Durchbrecher sonstiger soziodemographischer Charakteristika: Hispanics und African-Americans wählten auch in Waukesha demokratisch, wengleich diese Gruppen zahlenmäßig dort kaum ins Gewicht fallen.

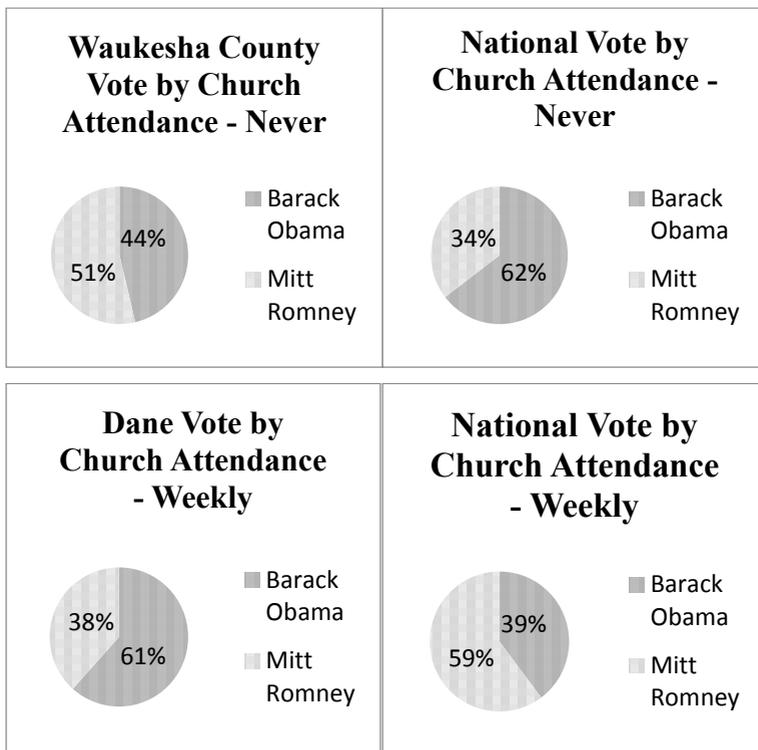
Abbildung 16: Vergleich Wahlverhalten Dane und Waukesha County bei Präsidentschaftswahl 2016 mit nationalem Wahlverhalten – Alter.



Quelle: Dane/Waukesha: Eigene Darstellung, Daten der DWPS;
National: <http://edition.cnn.com/election/2012/results/race/president/>

Und schließlich zeigt sich der Volkspartei-Charakter beider Parteien sogar beim – von der Hautfarbe abgesehen – heute wohl größten Differenzierungsmerkmal der politischen Wahlentscheidung: der Religiosität. Bei der Wahl 2012 hatte Obama unter Amerikanern, die mindestens einmal pro Woche in die Kirche gehen, lediglich 39% der Stimmen geholt.⁴⁷ In Dane County aber erhielt er von der gleichen Gruppe über 60% der Stimmen, bei jenen, die öfter als einmal die Woche gehen, sogar 65%. In Waukesha hingegen gewinnt Romney selbst eine Mehrheit unter säkularen Wählern, die angeben, nie in die Kirche zu gehen – eine Gruppe, die auf nationaler Ebene bekanntlich sehr stark demokratisch wählt.

Abbildung 17: Vergleich Wahlverhalten Dane und Waukesha County bei Präsidentschaftswahl 2012 mit nationalem Wahlverhalten – Religiosität.



Quelle: DWPS / <http://edition.cnn.com/election/2012/results/race/president/>

47 <http://www.pewforum.org/2012/11/07/how-the-faithful-voted-2012-preliminary-exit-poll-analysis/>

Von allen überraschenden Befunden ist dieser dann vielleicht der verblüffendste. Wahrscheinlich zeigt sich die zivilgesellschaftliche Dominanz der Mehrheitskultur nirgendwo plastischer als in der religiösen Landschaft Dane Countys. Natürlich bleibt es dabei, dass das „blaue“ Amerika weitaus säkularer ist als das „rote“ Amerika, auch in Wisconsin: Im liberalen Dane County gehen nur 30% der Befragten einmal pro Woche oder häufiger in die Kirche, während es in Waukesha County über 42% sind. Aber die wahre Differenz verbirgt sich eher in der Art der Kirchen und Kirchgänger beider Orte. In Madison gehören viele Kirchen der liberalen „Mainline“-Tradition an und einige von ihnen sind dezidierte Träger der liberalen Kultur der Stadt. Sie sind stark verankert in der „Social-Justice“-Bewegung und halfen 2011 auch bei der Mobilisierung der Anti-Walter-Proteste. 2006 unterstützten viele von ihnen in einem Referendum des Bundesstaates die Homo-Ehe.

Besonders hervor stechen hier die „Unitarian Universalists“, der, wenn man so will, liberale Flügel des liberalen Protestantismus. „Churches of Liberal Guilt“, nennt sie der konservative Blogger David Blaska und was er noch zu diesen Kirchen zu sagen hat, ist zwar voller Zynismus, andererseits aber auch von jener klaren Pointiertheit, die gesellschaftlichen Underdogs ebenso wie den Verlierern der Geschichte manchmal zu eigen ist: „What they say is: When we pray it's to whom it may concern. Cause we are not sure if there is someone [...] I mean homosexuality is fine, but for them it's a sacrament. I got no problem for me, but [...] they're like: Oh my god, we love you. Come in to our church [...] Well. And that's fine. I mean, they advertise being non-judgemental. That is [...] If you think of a church being non-judgemental. You know? What did Jesus say? Whatever! You know? It doesn't matter [...] Comme si, comme ça!“⁴⁸ In der Tat sind die Unitarian Universalists eine Kirche, die man eher als spirituell denn als christlich bezeichnen würde. Zu ihren Grundaussagen gehört etwa die „free and responsible search for truth and meaning“⁴⁹, nicht die Fixierung auf schriftlich überlieferte Dogmen.

Nicht alle Kirchen in Madison sind so stark mit dem liberalen Lebensgefühl der Stadt verbunden. Aber selbst viele der gemäßigt moderateren protestantischen Kirchen sind in Madison noch ein wenig liberaler als ihre nationalen Dachverbände. So hat sich die Presbyterian Church in Madison früh und eindeutig für die Homo-Ehe ausgesprochen, schon zu einem Zeitpunkt, als die Kirche auf nationaler Ebene mit dem Thema noch schwer gerungen hat. Als 2006 das Verbot der

48 Gespräch mit David Blaska, 21. März 2012.

49 <http://madisoncountyuu.org/what-we-believe/>

Homo-Ehe in Wisconsin per Referendum zur Debatte stand, da taten sich viele Kirchen in Madison mit dem Thema schwerer als ihre nationalen Dachverbände.⁵⁰ Am aussagekräftigsten in Bezug auf die Prägungswirkung des Ortes und die Anpassungseffekte, die diese nach sich zieht, ist freilich die komplexe Haltung der größten und lange Zeit am schnellsten wachsenden Kirche von Dane County: Blackhawk Church. Blackhawk Church ist eine evangelikale Megachurch in Middleton, einem der Vororte von Madison. An Sonntagen strömen bis zu 4000 Gläubige in einen hochmodernen Kirchenkomplex, der 2007 gebaut werden musste, weil die Kirche bis dahin rasant und stürmisch gewachsen war. Der Gottesdienst ähnelt der Dramaturgie vieler anderer ähnlicher Megachurches: Moderne christliche Popmusik, Texte aus der Bibel an die Wand gebeamt, Video-Einspielungen, freie Predigten. Der Senior Pastor ist heute, an diesem Abend des 5. Oktober 2014, als der Autor den Gottesdienst von Blackhawk besucht, leider verhindert, seine Ansprache ist eine Aufzeichnung der Morgenpredigt per Stream. Aber die Dame am Infoschalter hat einem immerhin bereits mitgeteilt, dass man dennoch einen guten Tag gewählt habe. Das Thema lautet nämlich „Why is Sex Such a Big Deal?“ Das Publikum ist relativ jung und wohl auch deshalb verkehren Busse zwischen dem fast 10 Meilen entfernten Campus in Madison und der Kirche.

Diese größte Kirchengemeinde in Dane County, gelegen in einem der liberalsten Flecken der USA, ist in theologischer Hinsicht extrem konservativ. Geglaut wird auch hier, wie in allen evangelikalen Kirchen, an die wörtliche Überlieferung der Bibel – die das „unfehlbare“ Wort Gottes darstelle.⁵¹ Und auch an diesem Abend, wo man also endlich erfährt was der „Big Deal about Sex“ ist, lässt der Senior Pastor Chris Dolson bei aller Konzilianz, dass Gott natürlich jeden liebe, an entscheidenden Dingen keinen Zweifel: Die Ehe sei nur etwas zwischen Mann und Frau, wer Sex außerhalb der Ehe, oder jedenfalls einer festen Partnerschaft praktiziere, sündige und riskiere, seiner Seele schweren Schaden zuzufügen.

Eigentlich sollte man daher davon ausgehen, dass Blackhawk – wie die meisten anderen evangelikalen Freikirchen Amerikas – damit auch politisch konservative Botschaften aussendet. Blackhawk ist immerhin Mitglied der „Evangelical Free Churches of America“ (EFCA), einem der größten Dachverbände evangelikaler Kirchen in den USA. Nach einer Studie aus dem Jahr 2001 über die politischen Ansichten der Pastoren dieser Vereinigung sind beinahe 100% von ihnen

50 Vgl. Kenneth Burns: Rallying the Faithful - Advocates for and against the proposed gay marriage ban tap into the wellspring of religious conviction, in: *Isthmus*, 5. Oktober 2006: <http://www.isthmus.com/news/cover-story/rallying-the-faithful/> (abgerufen am 1. Mai 2015).

51 Vgl. das „Mission Statement“ von Blackhawk: <http://www.blackhawkchurch.org/discover/about/what-we-believe/>

Republikaner. Bei der Wahl 2000 votierten 97% der Pastoren für George W. Bush.⁵² Allerdings: In Madison ist auch dies anders. In politischer Hinsicht ist die Haltung von Blackhawk nämlich extrem ambivalent – und das hat vor allem mit der Tatsache zu tun, dass die Kirche in Dane County liegt. In einem internen Positionspapier der Kirche heißt es: „we will not have [...] Christian campaigns against various moral issues of the day. We will not march against same-sex marriage, abortion, or other cultural practices we find to be in conflict with biblical truth. The reason for this refusal is not because truth is not important, but because such polarizing activities tend to divide and separate us from the very culture we are trying to reach.“ Madison, heißt es in dem Papier, sei natürlich fremdes Territorium, „We are aliens in a different Culture.“ Aber man wolle keine separierte Subkultur sein, die verbittert auf die Mehrheitskultur schaue.⁵³

Im Grunde, sagt etwa Matt Rusten, einer der Junior Pastors von Blackhawk, gäbe es drei konventionelle Möglichkeiten, wie konservative Glaubenskongregationen mit der modernen Welt umgehen könnten: „Purity“, also der Rückzug aus der modernen Gesellschaft um den eigenen Glauben nicht zu beschädigen; „Conflict“, also der Kampf gegen die moderne Gesellschaft; oder „Adaption“, also die teilweise Preisgabe der eigenen Überzeugungen und die Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft. Und dann schließlich gäbe es eine vierte Möglichkeit, die Rusten als „faithful presence“ bezeichnet und das Verhalten seiner Kirche bestimme: Man setze ein Beispiel, was es heißt, ein guter Christ in einer sündhaften Welt zu sein, versuche aber nicht, aggressiv andere von einem besseren Weg zu überzeugen.

Das alles ist natürlich ein schwieriger Balanceakt voller unlösbarer Widersprüche, erzeugt eine Spannung, die die Verantwortlichen von Blackhawk auch gar nicht leugnen. In der Vergangenheit hat es offenkundig immer wieder Versuche von kleinen Gruppen gegeben, die Kirche über die verschiedenen Themengruppen, die die Kirche anbietet, stärker politisch zu mobilisieren. Aber die Laienführer in Blackhawk seien geübt darin, solche Diskussion zu neutralisieren, sagt Rusten.⁵⁴ Es gibt zwar in Madison und Dane County auch einige wirklich konservative Kirchen, die sich auch in ihrer politischen Rhetorik Sonntag für Sonntag am Liberalismus und der Kultur der Stadt abarbeiten. Nur: die mit weitem Abstand

52 Vgl. Kedron Bardwell: *Evangelical Free Church of America*, in: Corwin E. Smidt (Hg.): *Pulpit and Politics: Clergy in American Politics at the Advent of the Millenium*, Waco 2004, S.195-206. Die Zahlen basieren auf einer schriftlichen Befragung von 676 Pastoren, von den 261 (39%) den Survey beantworteten.

53 Internes Positionspapier der Blackhawk Church: „Blackhawk Church and Our Culture“ (Fall 2014).

54 Gespräch mit Matt Rusten, 7. Oktober 2014.

größte konservative Kirche unter ihnen hat entschieden, die Politik außen vor zu lassen. Oder wie es in einem anderen Positionspapier der Kirche heißt: „Politics Divides; the Gosple Unites.“⁵⁵

Tief also reicht die zivilgesellschaftliche Durchdringung durch die Mehrheitskultur und ihre Ideologie in Dane County. Bisher ging es dabei um Institutionen, deren politische Bedeutung offenkundig ist. In Dane County agieren zwei der verlässlichsten gesellschaftlichen Bündnispartner der Republikanischen Partei, die Wirtschaftslobby und konservative protestantische Kirchen, mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse sehr vorsichtig, bzw. teilen sogar von vornherein nicht die weltanschaulichen Prämissen des amerikanischen Konservatismus. Doch der Liberalismus von Dane County und Madison ist mehr als nur ein Konglomerat von politischen Anschauungen. Er ist auch und gerade ein Lebensgefühl, ein „Way of Life“. Und dieser „Way of Life“ manifestiert sich auch dort, wo die Politik eigentlich abwesend sein sollte. Politisch kann in Dane County nämlich alles werden. Selbst das Freizeitvergnügen ist davor nicht gefeit, auch nicht Institutionen, die lange Zeit gerade Bürger ganz unterschiedlicher Schichten und politischer Ansichten zusammengebracht haben. So wurde Madisons „Bratfest“ – ein dreitägiges Musikfestival mit Bier und Bratwurst, das an die starken deutschen Wurzeln des Bundesstaates anknüpft und dessen Einnahmen einem guten Zweck zukommen – in den letzten Jahren zum Schauplatz der Auseinandersetzungen um Madisons Selbstverständnis. Schon 2011 gab es die erste Aufregung, als Aktivisten die Würstchen-Sponsoren des Festes, „Johnsonville Sausages“, ins Visier nahmen, weil Angestellte aus dem Management der Firma für Scott Walker gespendet hatten. Daraufhin wurde ein alternatives Bratfest organisiert: „The People’s Bratfest.“

Nun war es zwar nicht so, dass Konservative und Liberale fortan nur noch getrennt ihre Würstchen aßen – auf dem Niveau europäischer Milieubildungen mit ihren streng separierten Freizeitorganisationen sind wir schließlich hier noch nicht angelangt. Die meisten Menschen in Madison gingen auch weiterhin zum alleingesessenen „Bratfest“, andere besuchten einfach beide Festivitäten. Gleichwohl hatte das Fest danach seine politische Unschuld verloren und wurde fortan zum Schauplatz von Debatten darüber, inwiefern das Kultur- und Unterhaltungsprogramm der Stadt im Einklang mit den Werten Madisons stehen solle. 2014 kam es beispielsweise zu Kontroversen, als auf einer der fünf Bühnen Bob Lenz auftreten sollte, ein bekannter Pastor und christlich inspirierter „Motivationsredner“, der über die Suizidgefahren von Teenagern sprechen sollte. Allerdings wurde schnell bekannt, dass Lenz als Anti-Abtreibungs-Aktivist bei verschiedenen Gruppen mitgearbeitet hatte, unter anderem bei „Save the Storks“, die mit Bussen vor

55 Internes Positionspapier der Blackhawk Church: „The Elders of Blackhawk Church Statement Regarding „Politics and Blackhawk“, Oktober 2008.

Abtreibungsklinken parken um dort auf schwangere Frauen einzuwirken. Mitglieder des City Councils und des County Boards machten mobil gegen seine Teilnahme: Lenz stünde wohl kaum für die Werte Madisons.⁵⁶ Der Organisator des Bratfests, Tim Metcalf, Inhaber einer Reihe von Supermärkten in der Stadt, entschied sich daher schnell, Lenz wieder auszuladen.

Wie gesagt: Es ist schwer, für Waukesha ähnliche Vorgänge zu finden. Madison versteht sich eben selbst als Community, in der Tag für Tag die Identität der Stadt und ihrer Bürger verhandelt wird und in der dieser Identität auch tagtäglich Ausdruck verliehen wird. In Waukesha aber wird wenig verhandelt. Es gibt dort auch nicht den politischen Bekenntnisdruck, den es in Dane County gibt. Die Vorsitzende der „Waukesha Business Alliance“ – das Gegenstück zur „Chamber of Commerce“ in Madison – Suzanne Kelley, möchte ihre parteipolitischen Neigungen auf Nachfrage lieber für sich behalten, obgleich es extrem unwahrscheinlich ist, dass sie sie irgendetwas anderes als Republikanerin sein könnte. Unter den Mitgliedern der Business Alliance, erzählt sie, würde insgesamt wenig über Politik geredet. Wenn doch, dann höre man eher beiläufige Bekundungen der Sympathie für die Politik Scott Walkers. Es könne schon sein, sagt sie, dass es einige Demokraten unter ihren Mitgliedern gäbe; zu erkennen gegeben habe sich allerdings noch keiner.⁵⁷

Noch einmal: Das bedeutet nicht, dass es nicht auch in Waukesha schwierig sein kann, ein Demokrat zu sein oder besonders liberale Ansichten zu vertreten. Es gibt auch dort Menschen, die sich ihres Minderheitenstatus ähnlich bewusst sind wie viele Republikaner in Dane County. Ein Beispiel dafür ist die liberale Bloggerin Lisa Mux – die in Wirklichkeit anders heißt und nicht unter ihrem richtigen Namen bloggt. Mux organisiert seit 2011 die lokale Variante von „Drinking Liberally“ – ein monatlich stattfindender Kneipenabend der Liberalen in Waukesha. Dabei es geht, wie Mux sagt, um eine Art „Coming Out“, bei dem die Menschen feststellen sollten, dass in der Nachbarschaft vielleicht ein paar Leute wohnen, die ähnlich dachten wie sie. Es sind Veranstaltungen für die liberale Diaspora – in Madison, Berkeley oder Brooklyn würde solche Veranstaltungen vermutlich wenig Sinn machen. Als Mux begann, die Organisation von „Drinking Liberally“ für Waukesha zu übernehmen, habe sie bei Bars und Restaurants, die sie für die erste Veranstaltung angefragt habe, Missbilligung und Abwehr erfahren: „You

56 Vgl. Joe Tarr: Antiabortion Activist Bob Lenz Uninvited from Brat Fest After Pushback from Public Officials, in: *Isthmus*, 19. Mai 2014, <http://www.isthmus.com/news/news/antiabortion-activist-bob-lenz-uninvited-from-brat-fest-after-pushback-from-public-officials/> (zuletzt abgerufen am 27.02.2015)

57 Gespräch mit Suzanne Kelley, 22. September 2014.

could tell by talking to people whether you are welcome. You could tell. You would think that the color of money is green, not red or blue.”⁵⁸

Noch sehr viel prägnanter und drastischer fallen diese Schilderungen bei denen aus, die in Waukesha sozusagen an der vordersten Front der *Culture Wars* stehen: z. B. die „United Unitarian Universalist Congregation“ in der City of Waukesha. Es ist eine jener bereits erwähnten Glaubensgemeinschaften, die sich als „non-creedal“ beschreiben und verschiedene Glaubensrichtungen willkommen heißen, und dabei politisch sehr aktiv für liberale Anliegen eintreten. Das gilt auch für die Unitarier von Waukesha. Anders als bei der evangelikalen Blackhawk Church in Madison – die allerdings beinahe hundertmal so viele Mitglieder hat – kann man keine ideologischen Anpassungseffekte feststellen: die Kirche ist nicht weniger liberal als Unitarier anderswo im Land. Leicht ist das Leben trotzdem nicht als ultraliberale Kirchengemeinde in einem der konservativsten Counties der USA. Schuyler Vogel, der Pastor der Kirche, der selbst allerdings in Milwaukee wohnt, erzählt recht plastisch von den Beschwerden der Gemeindeglieder: Wie aggressive Abtreibungsgegner vor der Kirche protestierten, oder wie die „Black Lives Matter“-Solidaritäts-Plakate vom Kirchengebäude abgerissen wurden. Vogel beschreibt seine kleine Gemeinde – zu den sonntäglichen Gottesdiensten finden sich um die 50 Leute ein – als liberale Insel in einem tosenden Meer der Intoleranz, ein Ort der „sicher“ sei für Homosexuelle und andere Minderheiten. Wohin auch sonst in Waukesha solle man gehen, wenn man liberale Ansichten verträte? Auffällig aber ist auch, dass Vogel von „Drinking Liberally“ noch nie etwas gehört hat. Auch sonst sind seine Kooperationspartner eher in Milwaukee. In der Diaspora scheint am Ende jeder für sich selbst zu kämpfen.⁵⁹

Diesen wichtigen Beispielen zum Trotz: Der Leidensdruck der Demokraten in Waukesha scheint geringer zu sein als der der Republikaner in Dane County. Die meisten Liberalen drückten zwar eine gewisse ironische Distanz zu Waukesha aus, und nur sehr wenige hätten es als den Ort beschrieben, an dem sie immer schon leben wollten oder den sie niemals verlassen würden. Es fehlte dabei auch der Enthusiasmus, mit dem viele Konservative Waukesha beschreiben. Aber das Gefühl von Entfremdung, das bei vielen Konservativen in Dane County so überaus präsent ist, ist dort viel weniger greifbar und gegenwärtig – was sich ja auch in den Daten der DWPS spiegelt. Wahrscheinlich hat das auch damit zu tun, dass wer in Waukesha wohnt, dort nicht auch automatisch seinen Lebensmittelpunkt haben muss – dafür liegt Milwaukee immerhin noch jederzeit in Reichweite. Leider fragten wir in der DWPS nicht nach den Orten der Freizeitgestaltung. Aber

58 Gespräch mit Lisa Mux, 15. Mai 2012.

59 Gespräch mit Schuyler Vogel, 16. September 2015 (Skype-Gespräch)

nach den Eindrücken aus den Interviews spielte die Stadt als Bezugspunkt für Liberale und Demokraten tatsächlich eine weitaus größere Rolle als für viele Angehörige der konservativen Mehrheitskultur. Demokraten/Liberale in Waukesha haben insofern einen „Fluchtpunkt“, über den Republikaner/Konservative in Dane County in dieser Form nicht verfügen.

Das alles erklärt wohl auch die unterschiedlichen Partizipationsquoten von Demokraten und Republikanern in Dane und Waukesha. Abermals sind die Unterschiede in Dane County hier wesentlich größer. Dort, in dieser Hochburg des politischen Aktivismus, berichten etwa laut der DWPS über 37% der Demokraten, bei der Präsidentschaftswahl 2012 öffentliche Unterstützung für ihren Kandidaten gezeigt zu haben, etwa durch das Aufstellen eines Yard Signs, durch einen Autoaufkleber oder einem Button auf ihrer Kleidung. Bei den Republikanern in Dane County aber waren es lediglich 22%. Dies passt jedenfalls zu den vielen Geschichten von Republikanern, die erzählen, ihr Auto sei wegen eines Romney- oder Walker-Aufklebers zerkratzt oder ihrer Yard Signs zertrampelt worden – oder die sagten, auf eine solche Idee der Meinungsäußerung würden sie ohnehin nie kommen, da das politische Klima in Madison dafür zu aggressiv sei. Selbst der konservative Blogger David Blaska, der sich sonst gerne als unnachgiebige Stimme des Widerstandes inszeniert, beugt sich in dieser Hinsicht angeblich dem Klima der „Einschüchterung“: „I have a pro-Walker bumper sticker on my truck. It's magnetic – I can take it off.“⁶⁰

In Waukesha hingegen sind die Unterschiede für diese Form politischer Partizipation und Unterstützung marginal. Sowohl bei Demokraten als auch bei Republikanern sind es etwa 30%, die in dieser Form ihre Unterstützung während des Wahlkampfes 2012 bekundet haben. Dies bestätigt noch einmal nachdrücklich, was sich wie ein roter Faden durch diese Studie zieht: die Konsequenzen der politischen Dominanz des einen politischen Lagers sind in Waukesha insgesamt weniger spürbar als in Dane County und üben somit weniger Einfluss auf das konkrete Verhalten der Parteianhänger beider Seiten aus.

60 Gespräch mit David Blaska, 21. März 2012.